

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Berlin in Leipzig:**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Wabporkdrift 40 Pfg. Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatent die 10gep. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw. die 10gep. Kolonelle 40 Pfg. bei Wabporkdrift 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Völkerbundsversammlung eröffnet.

Vor der Aufnahme Deutschlands. Spaniens und Brasiliens Plätze bleiben leer.

SPD. Genf, 6. September.

Die 7. ordentliche Vollversammlung des Völkerbundes wurde am Montag um 11 Uhr von dem tschechischen Außenminister Dr. Beneš als Präsidenten des Völkerbunds eröffnet. Die Plätze der Delegierten waren mit Ausnahme der Sitze für Spanien und Brasilien restlos besetzt. Die deutschen Bänke hatten ihrer Inhaber. Neben den von früher bekannten Köpfen sah man eine ganze Reihe neuer Delegierter. In Polen, Rumänien und Bulgarien sind seit der letzten Völkerbundstagung andere Regierungen mit anderen Männern an der Spitze des Landes. Von ihrer politischen Richtung sind auch ihre Delegationen im Vergleich zu früher mehr oder weniger reaktionär. Rumänien repräsentiert jetzt den Geist des mit Mussolini befreundeten Generals Averescu und sorgt für einen gebührenden Erfolg der schließlichen spanischen Geisteshaltung. Der polnische Delegierte gehört dagegen zum erstenmal auch ein Sozialist an, während die neue bürgerliche Regierung Schwedens neben dem Genossen Engbergi entsandt hat. Die sozialistischen Vertreter bilden trotzdem immer noch eine kleine Minderheit. Ihre Zahl wächst und fällt mit dem Einfluss der internationalen Arbeiterkraft. Von ihr ist es schließlich auch abhängig, wann und ob der Völkerbund in absehbarer Zeit überhaupt ein wirklicher Bund der Völker wird.

Es fiel allgemein angenehm auf, daß der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen es vorgezogen hatte, nicht in Genf zu erscheinen. Er hat die ihm verabschiedeten Vorlesungen während seiner letzten Anwesenheit am Sitz des Völkerbundes noch nicht verschmäht und tat als Staatsmann beleidigt, weil der Schweizerische Bundesrat es abgelehnt hat, den Uebelthäter an Ungarn auszuliefern. Der Völkerbund kann durch seine Abwesenheit nur gewinnen. Leider gibt es noch mehr Delegierte, von denen man das behaupten kann. Da steht man z. B. neben Rintischitzki seit längerer Zeit wieder einmal den alten jugoslawischen Bauernführer Pašički, einen stark reaktionären Mann von annähernd 80 Jahren. Da ist weiter neben dem feinen Denkerkopf Scialoja der italienische Staatssekretär Grandi, ein abstoßender Mann, ganz der Typus eines Faschisten. Alle diese Typen müssen und werden aus dem Völkerbund erst verschwinden, wenn die internationale Arbeiterkraft dafür sorgt.

Der Eröffnungssatz der 7. Vollversammlung

ging ohne besondere Aufmerksamkeit des Plenums und der Tribünen vor sich. Die Rede Beneš' war schon vorher verteilt und war sie noch nicht gelesen hatte oder keine Einladung für das Hotel Victoria besaß, konnte sie auf einem Platz in Genf oder in irgendeinem Restaurant durch Radio-Raufsprecher vernehmen. Es war die übliche, formelle Eröffnungsrede, ohne wesentliche politische Tendenzen und ohne Überbahrungen: ein reiner Tätigkeitsbericht über die Arbeit der letzten 12 Monate. Daß hierbei auch des Vertrags von Locarno und seiner Väter gedacht wurde, war selbstverständlich. Dieses Locarno tritt mit dem offiziellen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, also am kommenden Freitag, in Kraft. Damit treten auch die im Zusammenhang mit den Locarno-Verträgen gemachten Versprechungen wieder in den Vordergrund. Man ist in französischen Kreisen darauf gefaßt, daß an sie nicht nur erinnert, sondern über sie von deutscher Seite in vertraulichem Kreise mit den zuständigen Stellen auch ein offenes Wort gesprochen wird. Die Rheinlandebesetzung und gewisse Dinge im Saargebiet drängen zweifellos nach einer Klärung. Der starke rheinische Einschlag in der offiziellen deutschen Delegation dürfte zeigen, wie man darüber in Deutschland denkt.

Die zweite Sitzung folgte nachmittags um 4 1/2 Uhr. Der einleitend erstattete Bericht der Mandatsprüfungskommission ergab die Anwesenheit von 48 Staaten mit den erforderlichen Legitimationen. Bolivien, Brasilien, Costarica, Honduras, Peru und Spanien sind nicht angemeldet. Der Mandatsbericht wurde ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Es folgte die Wahl des jugoslawischen Außenministers Rintischitzki mit 42 von 48 Stimmen ohne Gegenkandidaten zum Präsidenten. Beneš bezeichnete den neuen Mann als einen Staatsmann von besonderen Fähigkeiten. Das ist wohl etwas übertrieben, immerhin hat er sich besonders in den letzten Monaten außenpolitisch als besonnener Mann gezeigt. Auch wird von Rintischitzki behauptet, daß er Anhänger eines Balkanpaktes nach dem Muster von Locarno sein soll. In seiner Einführungsrede legte er in der Tat ein starkes Bekenntnis zur Politik des Friedens ab. Er nahm auch Bezug auf Deutschland, ohne es ausdrücklich zu nennen, und führte aus:

„Es ist mir eine besondere Genugtuung, dieser 7. Völkerbundsversammlung präsidieren zu können. Sie wird ein besonderer Markstein in der Geschichte des Bundes bilden. Die Aufnahme eines weiteren großen Volkes wird neues Vertrauen zum Völkerbund erwecken. Indem wir diesen neuen Gast unseres Hauses begrüßen, wollen wir zugleich die Hoffnung legen, daß die uns zur Zeit fernbleibenden Freunde bald wieder zu dem Bunde zurückkehren. Der feierliche Begrüßungssatz, der sich innerhalb weniger Tage abspielt, wird in der ganzen Welt einen starken Widerhall erwecken.“

Die Vollversammlung genehmigte schließlich bis auf Punkt 11 und 12 die Tagesordnung und überwies die Vorbereitung der zu erledigenden Arbeiten an die zuständigen sechs Kommissionen. In ihnen ist jeder Mitgliedsstaat vertreten. Auch Deutschland wird in jeder Kommission einen Sitz erhalten. Eine andere Frage ist, ob für Deutschland auch das Amt eines Präsidenten freigehalten wird. Klarheit besteht darüber noch nicht. Man darf aber an-

nehmen, daß ein entsprechender deutscher Wunsch ohne weiteres erfüllt wird, wie man hier entgegen allen deutschnationalen Euphemismen überhaupt ernsthaft bestrebt ist, keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen.

Punkt 11 und 12 der Tagesordnung beziehen sich auf die Reorganisation des Völkerbunds und den Eintritt Deutschlands. Die erforderlichen Formalitäten sollen nach dem Wunsch der Vollversammlung in dem Herbst vorbereitet werden. Erst dann wird sich eine Kommission damit befassen, ohne daß neue Schwierigkeiten zu erwarten wären. Sie wird wahrscheinlich auch die nach dem Völkerbundsstatut vor einem Eintritt zu erfüllenden juristischen Voraussetzungen prüfen. Im März sind diese Voraussetzungen von Chamberlain als Präsidenten der zuständigen Kommission bereits als erfüllt bezeichnet worden, so daß es sich ebenfalls nur um eine Formalität handelt. An dem offiziellen Aufnahmebeschluß am Mittwoch wird sich jedenfalls trotz aller deutschnationalen Querzweckereien nichts mehr ändern.

Die Nachmittagsitzung war um 5 1/2 Uhr beendet. Am Dienstag um 12 Uhr findet eine neue Sitzung statt, in der über die Konstituierung der Kommissionen berichtet werden soll.

Weitere Steigerung der polnischen Militärlasten.

DE. Warschau, 6. September.

Der Sejm wird am 16. September zusammentreten, um das 4. Vierteljahrbudget 1926 zu erledigen. Der Hauptgegenstand der Beratungen wird eine geplante Änderung in der Art der Zahlung der Beamtengehälter sein; diese sollen nämlich künftig am 16. eines jeden Monats ausgezahlt werden. Ferner steht die Erhöhung zahlreicher Budgetposten im Militärbudget bevor, da zu den Zulagen der Offiziersgehälter vom 1. Oktober ab auch noch Unteroffizierszulagen treten. Ueber die sonstige Erweiterung des Militärbudgets fand gestern eine zweistündige Beratung zwischen dem Ministerpräsidenten Bartel und dem Jochen von den Mandatären im Wladimirgebiet zurückgekehrt. Nach Schluß der Völkerbundsversammlung in Genf wird hier auch eine umfassende Aussprache über Polens Auslandspolitik erwartet. Vor der Beratung des Budgets für 1927 soll wiederum eine Unterbrechung der Sejmssession eintreten.

Neues vom Warschauer Polizeiskandal.

SPD. Warschau, 7. September. (Radio.)

Die Enthüllungen über die unerhörten Zustände innerhalb der Warschauer Kriminalpolizei haben einen Erfolg gezeitigt. Die Staatsanwaltschaft hat einen ihrer Beamten mit der Prüfung der ausgebeuteten Mißstände beauftragt. Seine Person soll angeblich die Gewähr dafür bieten, daß die Untersuchung gegen das Verbrechen unter den Polizeibeamten Warschauer rücksichtslos durchgeführt wird. Inzwischen ist ein neuer Skandal bekannt geworden. Unzählige Kaufleute mußten der Polizei regelmäßig bestimmte Geldsummen zahlen, da ihnen sonst die größten Unannehmlichkeiten erwachsen. Den Kaufleuten, die sich weigerten, diese „Steuer“ an die Polizei abzuliefern, wurden Einbrecher ins Haus geschickt, sodas sie späterhin die geforderten Gelder pünktlich zahlten, um sich vor weiteren von der Polizei ausgehenden Einbrüchen zu schützen.

Gegen Bürgermeister Herriot.

Ein sozialistischer Mißtrauensantrag angenommen.

WTB. Paris, 7. September.

In der gestrigen Sitzung des Gemeinderates von Lyon wurde in Gegenwart Herriots die Frage seines Eintritts in die Regierung Poincaré wieder aufgeworfen. Die Sozialisten brachten einen Mißtrauensantrag gegen Herriot ein, der mit 30 gegen 26 Stimmen der Majorität angenommen wurde. Herriot wandte sich darauf in scharfen Worten gegen die Art und Weise, wie man gegen ihn vorgegangen sei, und appellierte an die Wählerschaft, die allein berechtigt sei, sich über seine Haltung zu äußern. Die Sozialisten von Lyon hätten sich einer Doppeltzungigkeit schuldig gemacht, indem sie mit den Radikalen Streit suchten, weil er der Regierung Poincaré angehöre. Einer ihrer eigenen Abgeordneten jedoch (also Paul-Boncour) durfte mit Genehmigung der Partei sogar die Regierung Poincaré in Völkerbund vertreten. Auf Grund dieser Ausführungen Herriots traten die sozialistischen Gemeinderäte nochmals zusammen, um über ihre Haltung zu beraten.

Unmittelbar nach dem Eintritt von Herriot in die Regierung Poincaré hatten die sozialistischen Gemeinderäte von Lyon beschlossen, Herrn Herriot, der gleichzeitig Bürgermeister von Lyon ist, abzuhauen. Die Gemeinderatsversammlung von Lyon hat eine sozialistische Mehrheit; außer den Sozialisten sind nur noch Radikale im Gemeinderat vertreten. Wenn die Sozialisten Herriot nach seinem Eintritt in die Bürgerblockregierung Poincaré auf seinem Bürgermeisterposten in Lyon nicht mehr dulden wollen, so erfüllen sie damit nur eine ganz selbstverständliche Aufgabe. Die Verteidigung Herriots mit dem Hinweis auf die Völkerbundsarbeit Paul-Boncour, die nicht von der französischen sozialistischen Partei getragen wird, dürfte ihm wohl kaum etwas nützen. Der Verrat an dem Wahlprogramm des Linkslagers, den die Radikale Partei nach und nach beging, wurde durch den Eintritt Herriots in die Regierung Poincaré besiegelt. Die Konsequenzen muß der Herr Unterrichtsminister schon auf sich nehmen.

Ein neues Spiritusmonopolgesetz in Sicht.

E. L. Friedrich Engels hat 1873 in seinem im Leipziger „Volkstaat“ veröffentlichten Artikel „Preußischer Schnaps im Reichstage“ dargelegt, wie seit 1815 Preußen die „Zentral-schnapsfabrik der Welt“ wurde, bis Mitte der siebziger Jahre der russische Schnaps den preußischen vom Weltmarkt verdrängte. Nun sollte der Staat den Junkern helfen. Die ganze Branntweinversteuerung seit jener Zeit ist ein immer wieder den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßtes „Fürsorgegesetz für die Agrarier“. Mit dem Gesetz 1887 wurde die Gesetzesmacherei zugunsten der Brenner und zum Schaden der Konsumenten eingeleitet. Damals nannte der konservative Abg. v. Wedell-Malschow die Begünstigung der Brenner in naiver Freude eine „Liebesgabe“, die sie bis zum heutigen Tage geblieben ist.

Die deutsche Spiritusindustrie nahm mit dem Anfang der fünfziger Jahre einen mächtigen Aufschwung, nicht minder der deutsche Spritausfuhrhandel. Deutschland wurde nach Dänemark das am meisten schnapsstinkende Land, der Alkoholismus eine Volkskrankheit. Allein für Alkoholiker gibt es ja Trinkerheime und Irrenanstalten, für ihre Frauen und Kinder die Armenversorgung. Die Trunksucht zu fördern, nicht zu bekämpfen, war die Aufgabe der Schnapsjunker. Ihre Kartoffeln wurden zu Schnaps und der Schnaps zu Geld. Das Geld roch nicht nach Fusel, und der Champagner, den sie dafür kauften, auch nicht. So schien alles aufs Beste eingerichtet. Aber die kapitalistische Remesse ließ nicht lange auf sich warten. Die Kartoffeln wurden zu Spiritus, aber der Spiritus wollte nicht mehr zu Geld werden. Deutschlands einziger Konkurrent auf dem Weltmarkt war Frankreich. Die deutsche Spiritusindustrie stand der französischen ebenbürtig gegenüber. Zwischen deutschen und französischen Brennern tobte in den siebziger Jahren ein heftiger Weltkampf. Frankreich unterlag den preußischen Schnapsjunkern. Den ausländischen Markt verloren die preußischen Brenner damals mehr und mehr. In Oesterreich und Rußland entstand eine Spiritusindustrie, die gewaltige Mengen ausführte. Die Produktion der vier Länder war so weit gestiegen, daß jedes fast allein die Nachfrage des Weltmarktes decken konnte. So wuchs sich die Ueberproduktion auf dem Spiritusmarkt zu einer Welt handelskrise aus.

Nun sollte der Staat helfen. Da die Junker sehr gut wußten, daß das Volk ihnen feindselig gefinnt war, schoben sie den „Bruder Bauer“ als den vor, dem ein Spiritusmonopol zum Vorteil gereiche. Bismarck erklärte, „mit dem Gesetz werde der nothleidenden Landwirtschaft eine Hilfe gegeben, insbesondere könne dadurch eine Erhöhung der Kartoffelpreise herbeigeführt werden, was allen Landwirten zugute käme“. Eugen Richter aber wies im Reichstage 1886 nach, daß allein in der Provinz Schlesien 8 Brennerereien dem Könige von Sachsen, 2 dem Kronprinz von Preußen, je 2 den Herzögen von Meiningen und Braunschweig, 4 Prinzen, 8 Herzögen, 10 Fürsten, 76 Grafen, 20 Freiherren, 98 Adligen und nur 153 bürgerlichen Leuten gehörten.

1887 erhöhte der Kartellreichstag die Branntweinsteuer um mehr als das Fünffache. 1901 zahlten die Branntweintrinker 44 Millionen Mark an die Brennereibesitzer als Liebesgabe, eine Zwangsbesteuerung der Armen unter den Armen zugunsten der „Edelsten und Besten der Nation“; denn der Branntwein ist, wie ein englischer Schriftsteller einmal sagte, leider nur zu oft der „einzige Freund der Armen“, der ihn Rot und Glend auf kurze Zeit vergessen läßt. Von 1887 bis 1909 zogen die Schnapsjunker aus dem Branntwein eine Liebesgabe von 1000 Millionen gleich einer Milliarde Mark.

Die gesetzliche Festlegung der herzuftellenden Spiritusmenge (des sogenannten Kontingents) und die Liebesgabe reizten zur Vergrößerung der Produktion an. In der Schnapslist drohte die Liebesgabe zu erlösen. In dieser Not gründeten die Brenner ein Kartell: die Zentrale für Spiritusverwertung zur Einschränkung der Produktion und Steigerung der Preise. Der „Schnapsblock“ von 1909 (Konservative, Zentrum, Polen, Wirtschaftliche Vereinigung) machte das Branntweingeseh zu einem unerhört schamlosen Interessengeh zugunsten der Junker und reicher süddeutscher Brenner. Die Parteien des Gesehes hatten die Trinker zu tragen. Die rasch steigenden Ausgaben für „unser herrliches Kriegsheer“ und die vom blöden, denkfaulen Bürgertum abgöttisch geliebte Marine zwangen die Reichsregierung, neue Steuerquellen zu suchen. Das Branntweingeseh vom 14. Juni 1912 sollte einen Mehretrag von 36 Millionen Mark bringen. Dann kam der Weltkrieg mit seinem gewaltigen Bedarf der Heeresverwaltung und der Marine an Spiritus und Trinkbranntwein. Die Reichsregierung legte ein neues Geseh mit dem Plan eines Monopols vor, d. h. der Uebernahme der Spirituszentrale auf das Reich. Nach heftigen parlamentarischen Kämpfen, in denen nur die Sozialdemokratie einen schroff und grundsätzlich ablehnenden Standpunkt einnahm, wurde das Geseh angenommen.

Die furchtbare Niederlage, mit der der Weltkrieg für Deutschland endete, erzwang wiederum eine Änderung des Gesehes. In ungläublichem Vertrauen auf die erlogenen Versprechungen der Obersten Heeresleitung hatte die „Zivilregierung“ noch Anfang 1918 mit einem für Deutschland glücklichen Ausgang des Krieges gerechnet und angenommen, daß in absehbarer Zeit nach dem Kriege die wirtschaftlichen Verhältnisse

Presse-Notpourri.

Die Industriellentagung.

Die Rede Silberbergs auf der Dresdener Jahresversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat in der gesamten bürgerlichen Presse ein lebhaftes Echo geweckt. Am wenigsten hat die Rede den Organen derjenigen Partei gefallen, die bisher geglaubt hat, für ewige Zeiten schlechthin die Partei der Schwerindustrie zu sein und die jedenfalls ihrer „linken“ Schwesterpartei wesentliche Konkurrenz bei der Umwerbung der Industrie gemacht hat. Die deutschnationalen Blätter berufen sich nicht mit Unrecht darauf, daß wohl kaum eine Mehrheit der Industrie die Meinungen Silberbergs teilt. Die Presse der Streikemehrheit kann die Entwicklung der Dinge ruhig abwarten. So oder so ist die Deutsche Volkspartei in die Regierungskoalitionen einbezogen. Das Zentrum bezeichnet die Vorgänge in Dresden als eine Abgabe an die Deutschnationalen, die gerade in der letzten Zeit sich selbst am das Zentrum und dessen Freundschaft für eine Koalition bemüht haben.

Geradezu auffällig erfreut zeigen sich einige demokratische Organe. Im Berliner Tageblatt schreibt ausgerechnet Theodor Wolff, der die Sozialdemokratie kürzlich so schmerzhaft ablangelte, weil sie dem Fürstentum nicht zustimmte, den Silberbergern ein „herzliches Willkommen!“ Wolff hat zwar auch allerhand Vorbehalte und er gibt verschiedenen Erwartungen Ausdruck, deren Erfüllung durch die Industriellen noch sehr fraglich ist; deshalb ist er aber doch begeistert genug, eine Parallele zu ziehen mit der französischen Entwicklung nach 1800, als „zuerst einige und dann immer mehr Deputierte der monarchistischen Parteien sich von ihren alten Genossen und Idealen trennten“ und der Republik zuwandten. Wie Gambetta 1876 erklärte, die Republik nehme „weicher und ohne kleinliche Eifersüchteleien den Zustrom aus allen Reihen an“, so erklärt jetzt Herr Theodor Wolff, daß er auch den Sinn der republikanischen Union der Wirtschaft, Haas und Wabe so auffasse, denn auch sie könne „nicht ängstlich die Türen schließen“ und nicht nur Werkstätten für die drei bisherigen sogenannten republikanischen Parteien sein.

Wir verzeichnen nachfolgend einige bürgerliche Pressestimmen:

Kreuzzeitung.

Mitkonjunktiv.

„Eine Koalition mit der Sozialdemokratie ist nach wie vor für uns konjunktiv und für die Deutschnationalen ausgeschlossen. Sie kommt überdies auch politisch nicht in Betracht, da die Sozialdemokratie niemals ihrerseits daran denken würde, in ein solches Gebilde der Volksgemeinschaft, von dem Herr Marx schon so oft gejubelt hat, hineinzugehen. Sehr bezeichnend mußte es wirken, wenn ein Industrieller, Dr. Silberberg, auf der Tagung des Reichsverbandes der Industrie noch an eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie glauben kann. Da seine Ausführungen sind von der Presse, die immer wieder für die „Große Koalition“ arbeitet, direkt als eine Aufforderung der Industrie für eine solche Regierungserweiterung aufgefaßt worden. Wir können und nicht denken, daß die Mehrheit der Industriellen den Standpunkt Silberbergs teilt. Sollte sich der Reichsverband der Industrie solche Anschauungen, die nur Wähler auf die Mühe des Marxismus gehen, zu eigen machen, so dürften doch verschiedene Kreise der Industrie solche ausgesprochene Vorkenntnisse nicht mitmachen, und wir würden es nur für richtig halten, wenn sie in diesem Falle einer Organisation den Rücken kehren, die ebenso wie die demokratische Partei Vorwanddienste für den Marxismus leistet.“

Deutsche Tageszeitung.

Ungarndeutschnational.

Dr. Silberberg begab sich aufs rein politische Gebiet mit seiner Forderung nach Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Regierung. Wir wissen nicht, ob und inwieweit er dabei eine Parole des Reichsverbandes ausgegeben oder nur seine eigene Meinung vertreten hat. Bis zum Beweis des Gegenteils scheint uns das letztere wahrscheinlicher; denn man braucht nur auf die Begrüßung des Reichsverbandes des Verbandes sächsischer Industrieller zurückzugreifen, in der er an die geschlossene Abwehrfront der Industrie gegen den sozialistischen Ansturm erinnerte, um zum mindesten einen Zweifel an der Auffassung der deutschen Industrie über die Zweckmäßigkeit einer Regierung mit den Sozialdemokraten wahrzunehmen. Scheinbar ist ihm dabei, als er durchaus richtig die Notwendigkeit einer Beteiligung der deutschen Arbeiterpartei an der Regierung unterstrich, der trotz aller Widerlegung immer noch wiederholende alle Zentrum unterlaufen, daß die Sozialdemokratie als die einzige berufene parteimäßige Vertretung der deutschen Arbeiterpartei anzusehen sei. Im Übrigen dürfte schon das Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes, namentlich seine Forderungen auf sozial- und steuerpolitischen Gebiet, die Schwierigkeit, ja die Unmöglichkeit erweisen, dieses Programm unter Mitwirkung der Sozialdemokratie durchzuführen.“

Der Tag.

Jugenddeutschnational.

Herr Dr. Silberberg hat sich auch auf das rein innenpolitische Gebiet begeben. Wir wollen ganz gewiß einem so bedeutungsvollen, allumfassenden Verbande eines unserer wichtigsten Wirtschaftszweige nicht das Recht bestreiten, auch seine regierungspolitischen Wünsche nachdrücklich vorzutragen. Aber wir dürfen annehmen, daß Herr Silberberg doch nur im eigenen Namen gesprochen hat. Denn hier hat sich der Wirtschaftler auf ein politisches Gattels führen lassen.

Herr Silberberg ist natürlich nicht so ungeschickt, die große Koalition zu empfehlen, wie es ihm die Wirtschafspresse sofort unterstellt hat. Täte er das, so müßte er damit eine Regierung gegen die Deutschnationalen, also gegen einen beträchtlichen Teil seiner eigenen Verbandskollegen, vorschlagen. Es kommt ihm vielmehr darauf an, die Arbeiterpartei auch für ein regierungspolitisches Zusammenwirken mit den bürgerlichen Gruppen zu gewinnen. Aber über die organisierte Schlichtung unserer Arbeiterpartei macht er sich falsche Vorstellungen, denn die Rechtsstehenden vertritt er ganz, die Christlichen schätzt er falsch ein, und von Sozialismus hat er, mit Verlaub zu sagen keine Ahnung. Auch Herr Silberberg ist sich darüber klar, daß die fehlende Sozialdemokratie für arbeitsteilnehmenden Geist nicht zu haben ist. Er hofft aber auf künftige Einsicht.

Wir möchten ihn nur fragen, worauf er diesen Optimismus gründet. Tatsächlich liegen nicht die geringsten Anzeichen für eine Abkehr der Sozialdemokratie von ihrer verantwortungslosen Agitationspolitik vor. Im Gegenteil, gerade die letzten Monate, in denen die Sozialdemokraten sich für die Besitzenteignung einsetzen, zeigen die Partei auf ihrem tiefsten Stande seit der Revolution. Wir können uns auch nicht vorstellen, daß Herr Silberberg durch seine Erklärung dem Zentrum keine Rolle erleichtert hat; denn die christliche Arbeiterpartei ist ganz unnötig vor den Kopf. Zusammenfassend kann man Herrn Silberberg nur ein tiaculusos (wenn du geschwiegen hättest!) zurufen. Da er seine Worte aber von der Kanzel mit so weitem Echo sprach, hat er nur die innenpolitische Verwirrung gefördert.“

Tägliche Rundschau.

Streikemehrheit-Organ.

„Es bedeutet eine große Tat der deutschen Wirtschaft, wenn sie auf ihrer Tagung, um des Wiederaufbaus Deutschlands willen, an die Arbeiterpartei herantritt und sie auffordert, die gegenseitigen Interessen sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete auszugleichen“ und wenn sie beiden Gruppen die Aufgabe stellt, „mit gleichem Ernst und gleicher Intensität“ an diesem Werke zu arbeiten. Dr. Silberberg bezeichnet es als eine auf die Dauer im höchsten Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftspolitisch untragliche und schädigende Lage, wenn eine große Partei, wie die Sozialdemokratie, in einer im deutschen Parlamentarismus mehr oder weniger verantwortungslosen Opposition stehe. Er hat nur zu erörtern vergessen, ob die immer radikalere gemordete Sozialdemokratie in ihrer inneren Zerrissenheit und in ihrer Furcht vor dem Kommunismus diese Verantwortung überhaupt auf sich nehmen kann. Inmitten wird dieser Anstoß, der von der maßgebenden Stelle der Leitung der deutschen Wirtschaft, kam, die Sozialdemokratie nötigen, ihre bisherige Politik nachzuprüfen und in Verhandlungen einzutreten.“

Germania.

Zentrumsorgan.

„Wir, die wir stets für die bestehende Staatsform eingetreten sind und die Teilnahme auch der breiten Arbeitermassen, also auch der Sozialdemokratie an der Regierung gefordert haben, können die geistige Entwicklung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie auf das lebhafteste begrüßen und nur wünschen, daß diese Einstellung von Dauer sein und in gleichem Sinne weiter fortgeschritten möge. Dazu bedarf es des Verständnisses und des guten Willens auf beiden Seiten. Die Industrie muß bereit sein, die Forderungen aus ihrer veränderten Einstellung zu ziehen. Es sind nicht nur leere Gerüchte gewesen, welche die Finanzierung der sogenannten „unserländischen Verbände“, deren Hauptziel bekanntlich die Befestigung der republikanischen Staatsform und der Kampf gegen den „Erbsind“ ist, der Industrie in die Schuhe geschoben haben: Das muß nunmehr auch sein. Diese Organisationen wie auch die gleichgerichteten Blätter dürfen keinen Pflanzgarten mehr von der Industrie bekommen. Die Rechte, die in Dresden zur republikanischen Staatsform und im deutsch-französischen Eisenpakt zur internationalen Verständigung schwor, muß hier einmal wissen, was die Linke tut.“

Die demokratische Presse.

Völkische Zeitung.

„Was Generaldirektor Silberberg, der vertraute Freund von Hugo Stinnes, erklärt hat, war nicht etwa nur eine spontane Eingebung des Augenblicks, sondern sorgsam in jedem Wort festgelegt und programmatisch zugehört. Der Wortlaut seiner Erklärung war den maßgebenden Personen vorher bekannt, und somit hatte die Anerkennung der Gewerkschaften als Mitträger wirtschaftlicher und staatlicher Verantwortung offiziellen Charakter. Die im Reichsverband organisierte Industrie begnügte sich nicht mit dieser theoretischen Feststellung, sondern sie ist auch bereit, daraus die praktische Konsequenz zu ziehen: die Sozialdemokratie soll zur politischen Machtausübung herangezogen werden.“

„Diese Erklärung ist eine überlegte und entscheidende Abgabe an die Politik der „Sammlung“, die in den letzten Monaten erneut mit allen Mitteln betrieben worden ist, um die Deutschnationalen zur Macht zu bringen. Als Ziel dieser Sammlung ist ja gerade immer wieder die Ausschaltung der Sozialdemokratie proklamiert worden, die Vernichtung jedes Einflusses sozialistischer Menschen oder sozialistischer Ideen im staatlichen Leben.“

„Wenn die Industrie aus den Befürchtungen und Erkenntnissen, die in Dresden vorgebracht wurden, die Konsequenz zieht, muß sie vor allem auch den Mißbrauch des nationalen Gedankens zu Zwecken der politischen Verheerung und Verfeinerung bekämpfen und ihren ganzen Einfluß darauf richten, den Geist der Gemeinschaft und der Staatsbejahung zu stärken, der zur Überwindung der Revolution durch die Verbesserung, zum Wiederaufbau der Wirtschaft, zur Festigung des Staates nach innen und außen geführt hat.“

Berliner Tageblatt.

„Man konnte seit langem beobachten, daß in der deutschen Großindustrie sich eine geistige Wandlung, eine allmähliche Hinwendung zur Republik vollzog. Das hängt mit den außenpolitischen Erfolgen und überhaupt mit der Außenpolitik zusammen, denn die industriellen Realisten, die mit den Franzosen und Belgiern über den Stahlmarkt verhandeln und überall die internationalen Fäden enger knüpfen, haben nicht die gleichen Auffassungen und Interessen wie die reaktionären Theaterhelden und die Abenteuerlustigen vaterländischer Verbände, die stetig Frankreich schlagen wollen. Und die Großindustriellen kommen allmählich auch, obgleich es viele nicht gern zugeben, auf den Gedanken, daß eigentlich, gewissermaßen, die republikanische Staatsform ihre Vorgläube und dem Wiederaufstieg ganz nützlich sei. Man traut sich nur nicht — schließlich hat man doch Rücksichten zu nehmen, jeder hat in seiner Familie einen alten General oder wenigstens einen Major a. D., und die Jungen sind im Hochschulring und behaupten, die Republik sei eine Schweineerei und eine läbliche Angelegenheit. Nun hat Dr. Silberberg, Präsidialmitglied im Reichsverband der Industrie, ganz offen und laut erklärt, alle ernsthaften und pflichtbewußten Menschen müßten sich zur Republik bekennen. Es ist ja ein hübscher Lohn, daß er gesagt hat, das deutsche Unternehmertum stehe restlos auf diesem Standpunkt, denn man sieht, wie sich auch in Dresden wieder gezeigt hat, noch ganz woanders, und viele wissen noch gar nicht, wo sie stehen. Aber der Reichsverband ist Autorität, und wenn ein Silberberg vorangeht, wächst Furchtflammen der Mut, konstatiert manche brave Seele, daß sie eigentlich doch auch republikanisch ist.“

„Herr Dr. Silberberg und seine Freunde dürfen es nicht über nehmen, wenn wir ihnen gestehen, daß bisher das schätzbare Erstarren ihres Staatsbewußtseins in uns anderen nicht nur Freude, sondern auch Bedenken erregte und daß uns die schöne Frucht eines bitteren Kern zu enthalten schien. Betreten diese Herren der Großindustrie, fragten wir uns, das republikanische Haus nicht nur, um es nach ihrem Geschmack einzurichten, und hofft die industrielle Oligarchie nicht, der wahre Herrscher zu werden und dem Volke ihren Willen aufzuzwingen? Alle diese Jahre hindurch haben Unternehmer, auch Mitglieder des Reichsverbandes, die Kräfte der Staatsfeinde reich versorgt. Sie haben Wahlgelder gesammelt, haben die Stahlfabrik Wiking und Weyerwölfe zum Kampf gegen die Republik ausgerüstet, haben den Sold jener Jugendverrückter gestiftet, die das heilige Feuer der Kriegsbegiertheit schürten, und haben das Geld zusammengebracht, mit dem Herr Hugenberg die Zeitungen und den weitverzweigten Meinungsapparat aufgekauft hat und den Fang der dummen Fische betreibt. Es darf nach der Dresdener Tagung hoffentlich als sicher gelten, daß diese goldene Befruchtung nicht weiter fortgesetzt werden soll? Es wäre doch zu porvers, wenn man jetzt noch länger eine Agitation befehlen wollte, die immer wieder den Staat zu unterwerfen und die staatliche Ordnung zu föhren verlust. Die Großindustriellen, die in Paris sich verständigen, können doch nicht mehr Verbände und andere Unternehmungen unterstützen, die sich der Aufgabe widmen, den Erbsind mit Waffengewalt, oder mit Wortgewalt, niederzuringen.“

Tagung der sozialistischen Lehrer.

SWD. Mit den brennenden Fragen der Schulpolitik beschäftigte sich der Hauptauschuß der Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Deutschlands auf einer Tagung vom 4. bis 6. September in Düsseldorf. Nach der Begrüßung durch Vertreter des Parteivorstandes, des UGW, der Afa, des Bntab, der preussischen Landtagsfraktion u. a. gab der Vorsitzende Genosse Dr. Löwenstein im Jahresbericht die Erklärung ab, daß die sozialistischen Lehrer einheitlich und geschlossen hinter dem Parteivorstand stehen bei seiner Forderung, daß die weltliche Schule die einzig mögliche Schule für den einheitlichen sozialen und demokratischen Aufbau unserer Gesellschaft ist, daß die weltliche Schule der Reichsverfassung, obwohl sie noch keine Erfüllung unseres Parteiprogramms ist, verwirklicht werden muß, und daß die Sammelkassen, obwohl sie keine Erfüllung der Verfassung und unseres Programms bilden, ein wichtiges Glied in der Entwicklung sind. Unsere Forderung hat nicht nur eine Stütze in der Reichsverfassung, sondern auch in der gesellschaftlichen Entwicklung, in der Entwicklung zur Weltlichkeit. Der neue kürzliche Entwurf eines Reichsschulgesetzes ist aufschreiend zu bekämpfen. Er gibt anscheinend der Simultanschule eine Vorzugsstellung, macht aber die Länder zu entscheidenden Instanzen, die vorher den Charakter ihrer Schulen festlegen, wodurch faktisch der Befehlshaber eine Vorherrschaft eingeräumt wird. Die Lehrtätigkeit steht vor einer Katastrophe. Die Verwirklichung der preussischen Abemteilung zeigt, daß die zukünftige Volksschullehrerbildung in den Abteilungen noch unter der bisherigen Seminarbildung stehen wird.

Das Hauptreferat über den „Aufbau des Schulwesens unter besonderer Berücksichtigung des Berufsschulwesens“ hielt die Genossin Prof. Dr. Siemsen und der Genosse Wolfdi. Genossin Siemsen führte aus: Da die Erziehung Funktion der gesamten Gesellschaft, nicht aber Angelegenheit einzelner Interessen- und Weltanschauungsgruppen ist, so ist an der Öffentlichkeit des Schulwesens unbedingt festzuhalten und jede Schulform, die privaten Gruppen die Erziehung überantwortet, abzulehnen (konfessionelle, Wertschulen, Handwerks- und Handelsschulen usw.). Zu begrüßen sind dagegen alle Organisationen, durch die Kinder, Jugendlichen oder Erwachsene ihre eigene Erziehung oder die von Berufs- und Klassen-genossen in sozialistischer Zusammenarbeit erstreben. Diese Organisationen sind ein unentbehrliches Mittel, die Demokratisierung des Schulwesens von unten aus zu erreichen.

Da die gesamte körperliche und geistige Erziehung als ein einheitlicher Akt der Gesellschaft anzusehen ist, müßte ein Erziehungsprogramm die gesamten Maßnahmen umfassen, durch die ein Kind vom Eintritt ins gesellschaftliche Dasein an zur gesellschaftlichen Wirksamkeit befähigt wird, allmählich vom Gegenstand zum Träger dieser Fürsorge heranwachsend. Alles, was unter dem Namen Jugendaufbau begriffen wird, gehört also in unsere Aufgabe mit hinein. Der willkürlichen Scheidung, durch die die Mehrzahl unserer Kinder mit dem 14. Jahre der Ausbeutung im Wirtschaftsprozess preisgegeben wird, stellen wir die Forderung entgegen, den Jugendlichen umfassenden gesellschaftlichen Schutz zu gewähren.

Genosse Wolfdi wandte sich besonders der Frage der Berufsschullehrerbildung zu: Die Berufsschule befindet sich zurzeit in besonders schwieriger Lage, weil sie sich dem ständlich vordringenden Umformungsprozess unserer Industrie anpassen muß. Die zunächst als Protest gegen die alte Handwerkslehre entstandenen Werkschulen sind wohl in technischer Hinsicht muntergütig, aber sie sind abzulehnen wegen der Gefahr der Gewinnbegierde (Heranzüchtung des „zuverlässigen“, gehoramen Arbeiters). Was aus der Berufsschule werden kann, soll und muß, ist abhängig von der Frage, wie die Bildung ihrer Lehrer geregelt wird. Zum Berufsschullehrer eignet sich niemand, der nicht den Jugendlichen innerlich nahesteht und ihre Arbeit gründlich kennt. Wegen die Ausbildung der Gewerkschüler an den Technischen Hochschulen in ihrer jetzigen Gestalt bestehen Bedenken. Wir müssen eine Umformung der Technischen Hochschulen fordern; in diese reformierte Hochschule ist die Gewerkschulerausbildung dann einzubauen. Auch die ständige Fortbildung der Gewerkschüler muß an dieser Stelle erfolgen. Bei der Ausbildung ist besonderer Wert auf die staatsbürgerliche Aufgabe der Berufsschule zu legen; neue Formen der Arbeitsgestaltung, neue Arten der Arbeiterpsychologie sind zu finden.

Nach einer angeregten Besprechung wurde einstimmig ein Protest angenommen gegen die Versuche der Konfessionalisierung der Berufsschule in Weidensfeld. Eine weitere Entschiedenheit verweist auf die Gefahr, die der heranwachsenden Arbeitergeneration von durch das Institut für technische Arbeitsschule in Düsseldorf ausgebildeten Werkschülern droht. Für die Ausbildung der Gewerkschüler wird gefordert: Reife einer höheren Volksschule und vollständige Beherrschung eines praktischen Berufs. Den Anwärtern, die aus praktischen Berufen kommen, ist die Zulassung zur Erlahrsprüfung zu ermöglichen, bei der besonders praktisches Können an Stelle von wissenschaftlichen Fächern treten darf.

Entscheidung gegen den reaktionären Schulgesetzentwurf

Der Hauptauschuß sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands stellt mit Freude und Genugtuung fest, daß die aufklärerische und verteidigende Arbeit in der Frage der weltlichen Schule, an der die SWD wesentlich beteiligt ist, in weiten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse die Erkenntnis hat reifen lassen, daß die weltliche Schule die einzig mögliche Schule für den einheitlichen sozialen und demokratischen Aufbau unserer Gesellschaft ist. In der starken Bewegung zur Verwirklichung der weltlichen Schule und in der Einrichtung einer immer größer werdenden Anzahl von Sammelklassen und Sammelklassen trotz des schändlichen und systematischen Widerstandes von reaktionären Regierungen und Verwaltungen steht der Hauptauschuß ein hoffnungsvolles Anzeichen dafür, daß der geschlossene Wille der Klassenbewußten Arbeiterpartei stärker sein wird als alle reaktionären Machenschaften.

Die SWD hat im vorigen Jahre in der vordersten Front zur Bekämpfung des verfassungswidrigen Schiele-Gürtzischen Reichsschulgesetzentwurfs gestanden. Die SWD wird auch fernerhin jedes Reichsschulgesetz aufs schärfste bekämpfen, das direkt oder indirekt den klaren Wortlaut der Verfassung zugunsten der Verallgemeinerung der Befennnisschulen umdeuteln will oder durch Verwirklichung der Befennnisschule vor Inkrafttreten des Reichsschulgesetzes dieses Inkrafttreten wachen will. Weltliche und Befennnisschulen können nach der Reichsverfassung nur auf Antrag der Erziehungsberechtigten, nicht durch Festsetzung von Regierungen entstehen. In dieser Hinsicht sind Befennnisschule und weltliche Schule völlig gleichberechtigt. Jeder Gesetzentwurf, der der Befennnisschule irgendein Vorkrecht vor der weltlichen Schule gibt, ist verfassungswidrig und wird von der SWD bekämpft werden. In Übereinstimmung mit dem Heidelberger Parteiprogramm fordert die SWD, alle sozialdemokratischen Lehrer auf, Schulleiter an Schulleiter mit der Arbeiterklasse alle Kräfte zur Abwehr eines verfassungswidrigen Reichsschulgesetzes und für den Aus- und Aufbau der weltlichen Schule zu mobilisieren.

Berichtigung.

In dem Leitartikel der 2. B. vom 6. September ist ein sinnentstellender Druckfehler enthalten. Der betreffende Satz im sechsten Absatz des Artikels muß lauten: „Im Zeitalter der internationalen Zusammenkünfte, in einer Zeit, da die Großindustrie sich anlehnt, mit dem „Erbsind“ eine Ehe auf Zeit einzugehen, rückt sie aber von den völkischen Heil- und Wundorganismen deutlich ab, um dafür den Versuch zu machen, sich dem noch vor kurzem so bitter geschmähten internationalen Marxismus anzubiedern.“

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Johannes Kretschmann in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Hugo Seppand in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Reisen vor hundert Jahren.

In unserm Zeitalter der Eisenbahn, des Autos und Flugzeugs erscheint uns der Postwagen, der noch vor hundert Jahren eine immerhin einigermaßen eilige Verbindung zwischen den einzelnen Orten Deutschlands herstellte, im verklärten Lichte einer freundlichen Romantik.

Wohlten die Reisen aber auch eine große Strapaze darstellen, so waren sie doch alles andre als langweilig. Die Dörfer, die ganze Natur und die Menschen, die sich an die selten genug ankommenden Posten herandrängten — hatte sich doch gerade hier eine regelrechte Vorkriegsindustrie ausgebildet — das alles schuf um diese Postfahrten jene Romantik, die sich in der Literatur der damaligen Zeit immer wieder ausdrückt.

Wie gering die Zahl der Fahrgelegenheiten auch in den Städten noch im Anfang des 19. Jahrhunderts war, geht daraus hervor, daß selbst Berlin damals noch keine Droschke hatte.

Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Begnadigung.

J. K. Im politischen Kampf sind von jeher unserer Gegner alle Mittel gelegen gewesen, durch welche die Arbeiterbewegung geschwächt werden konnte. Ein überaus wirksames Kampfmittel haben die Reichsjustizorgane den Gerichten in die Hände gegeben: die Möglichkeit, auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen.

Nehmen wir zum Beispiel folgenden Fall an: A. ist wegen Ruppel nach § 174 Ziffer 1 des Strafgesetzbuches angeklagt; er soll zugelassen haben, daß seine Tochter B., welche demnach ihren Bräutigam C. heiratet, mit diesem in seiner, des A., Wohnung ständig in einem Zimmer wohnt und schlief.

Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bewirkt nach § 28 des Strafgesetzbuches zunächst einmal den dauernden Verlust der aus öffentlichen Wahlen für den Verurteilten hervorgegangenen Rechte (also etwa der Rechte als Reichstagsabgeordneter oder Stadtratsmitglied), ferner den dauernden Verlust der öffentlichen Ämter, Würden, Titel, Orden und Ehrenzeichen.

Damit aber nicht genug! § 28 des Strafgesetzbuches bestimmt: Die Wirkung der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte tritt mit der Rechtskraft des Urteils ein; die Zeit-

dauer wird von dem Tage an berechnet, an dem die Freiheitsstrafe verbüßt, verjährt oder erlassen ist.

Nehmen wir ein Beispiel an: A. wurde am 1. 7. 1926 zu 8 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt, und dieses Urteil ist sofort rechtskräftig geworden. Mit diesem Tage hat er alle seine politischen Rechte, sein Amt als Gemeindevorstand oder als Schöffe verloren, bei Reichstags-, Landtags- und Gemeindevahlen kann er nicht mehr wählen und nicht gewählt werden. Er macht ein Gnadengesuch. Dieses wird abgelehnt. Am 1. 9. 1926 tritt er die Gefängnisstrafe an. Nachdem er 6 Monate verbüßt hat, wird er Ende Februar 1927 mit dreijähriger Bewährungsfrist für den Strafrest von 2 Monaten entlassen.

Diese Konsequenzen sind so ungeheuerlich, daß die Verwaltungsstellen und insbesondere die mit der Ausstellung der Wahllisten betrauten Behörden dies gar nicht glauben wollten. Über ein Beschluß des Justizministeriums belehrte sie über die Rechtslage. Daß auf diesem Wege politischer Unfug getrieben werden kann, liegt auf der Hand. Wir haben nicht jenes grenzenlose Vertrauen zu den Gerichten, anzunehmen, daß solcher Unfug nicht auch tatsächlich getrieben wird.

Dabei ergibt sich nun, daß in dem Berichtsjahre

im Bereiche der damaligen 20 Oberlandesgerichte, des Reichsgerichts und von 12 Konsulargerichten mit fast 65 Millionen Gerichtseingesessenen in 13 953 Fällen wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Reichsstrafgesetzbuch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt worden ist. Die große Masse der Verbrechen und Vergehen gegen sonstige reichsrechtliche Vorschriften bleibt da außer Betracht. Der Bezirk des Sächsischen Oberlandesgerichts Dresden umfaßte damals 4 800 000 Gerichtseingesessene, also etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Ein Vergleich der statistischen Zahlen ergibt außerdem, daß die Zahl der mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte Befragten ständig answächst. Im Jahre 1912 waren es zum Beispiel 12 843, im Jahre 1913 waren es 18 963. Wenn man nun bedenkt, daß jedes Jahr gegen 16 000 Staatsbürger auf viele Jahre durch Richterpruch ihrer Staatsbürgerrechte enteignet werden, so wird man begreifen, daß zur Zeit wenigstens 150 000 bis 200 000 Menschen auf diesem Wege ihrer Wahlrechte verlustig gegangen sind.

Der Kampf in England geht weiter!

Die Verhandlungen gescheitert.

W. B. London, 7. September. In den Verhandlungen zwischen dem Kabinettsausschuß für den Kohlenbergbau und Vertretern der Bergwerksbesitzer befragte Churchill, daß die Bergwerksbesitzer die Verhandlungen auf nationaler Grundlage abgebrochen hätten, ohne der Regierung Mitteilung zu machen.

Der Vorsitzende des Verbandes der Bergwerksbesitzer, Williams, betonte, die Grubenbesitzer hätten mit Kenntnis der Regierung das System distriktweiser Verhandlungen ausgenommen. Sie seien fest entschlossen, Verhandlungen über ein nationales Abkommen abzulehnen.

Eröffnung des englischen Gewerkschaftskongresses.

Bei der Eröffnung der 58. Jahresversammlung der englischen Gewerkschaften in Bournemouth verleihte der Vorsitzende Arthur Pugh den Generalkongress und bezeugte die Nationalisierung der Bergwerke als das Heilmittel für den Streit in diesem Gewerbe.

Lohnkampf in den deutschen Häfen.

In einer vom Verkehrsband einberufenen Konferenz der Vertreter der Hafenarbeiter der Nordhäfen einschloß sich Lübeck als Antwort auf eine von dem Hamburger Hafenbetriebsverein beantragte gehobene Lohnherabsetzung beschloß, eine Gegenforderung auf Erhöhung der Löhne um 20 Prozent zu stellen.

Kürzt die Arbeitszeit!

SD. Die Anregung der holländischen Gewerkschaften, gegen die Bedrohung des Achtstundentages durch Mussolini mit dem Boykott der italienischen Waren Front zu machen, zeigt von neuem, daß die internationale Arbeiterfront gewillt ist, im Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, koste es, was es wolle, endlich einen Schritt vorwärts zu kommen.

Arbeitszeit Hand in Hand. Wie ein Märchen klingt es, wenn wir hören, welche Arbeitszeit unsere Väter und Großväter hatten: 12, 15 und 18 Stunden waren vor 50, 40 und 20 Jahren noch sozulagen das Normale.

Der Achtstundentag ist durch die Entwicklung bereits überholt. Auf der einen Seite Steigerung der Produktion durch die rationalisierten Betriebe und Arbeitsmethoden, auf der andern Seite schwache Konsumkraft in Europa, ja fast in der ganzen Welt!

Reichswehrgeld als Lohnrücker.

Die Tatsache, daß in Schleswig-Holstein eine Beschäftigung von Reichswehrgeldern durch landwirtschaftliche Unternehmer fastgeunden hat, hat dem Genossen Landtagsabgeordneten Jürgensen, Eternförde Veranlassung gegeben, im Preussischen Landtag eine kleine Anfrage folgenden Wortlauts einzubringen:

Auf den Gütern Uffenhorst, Hohenhain und Grünwold im Kreise Eternförde in Schleswig-Holstein wurden Reichswehrgeldern eingestellt und mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt. Auf dem Hofe Hohenhain entließ der Verwalter einige Arbeiter mit der Begründung, es seien genügend und auch billigere Reichswehrgeldern zu erhalten.

Das preussische Staatsministerium wird sich wahrscheinlich für die erste Forderung einsetzen. Ob freilich mit Erfolg, ist bei der bekannten Einstellung des Reichswehrministeriums sehr fraglich.

Tagung der Arbeitsinvaliden.

Es wird uns geschrieben: Vom 5. bis 10. September versammelten sich die Vertreter der Arbeitsinvaliden zu ihrem Verbandstag in München. Der Bericht stellt gute organisatorische Erfolge fest. Die Mitgliederzahl ist innerhalb der zweijährigen Berichtszeit von 80 000 auf fast eine viertel Million gestiegen; auch die inneren organisatorischen Einrichtungen sind stark ausgebaut worden.

Vor allem aber wird sich der Verbandstag mit den sozialpolitischen Verhältnissen befassen. Die letzten zwei Jahre haben außerordentlich starke Veränderungen der sozialpolitischen Lage gebracht. Eine dem Verbandstag vom Vorstand vorgelegte Entschließung verlangt weitere soziale Maßnahmen zum Schutze der Arbeitsopfer und deren Hinterbliebenen.

Sozialen Gesetzgebung sollen einheitliche und ausreichende Leistungen geschaffen werden. Es soll nicht mehr die Ursache, sondern der Grad der Erwerbsfähigkeit maßgebend sein.

Achtung, Bauarbeiter!

Der Kampf gegen die Altkorarbeit bei der Firma Kornagel geht weiter. Kein Kollege darf dort Arbeit annehmen. Für die Opfermütigkeit, die den Streitenden durch die reichliche Zeichnung auf die Sammellisten erwiesen worden ist, spricht die Belegschaft ihren Dank aus.

Gesamtbelegschaft der Firma Kornagel.

Die Gewerkschaften in Rumänien.

SPD. In diesen Tagen fand in Bukarest nach drei Jahren wieder ein Kongress der rumänischen Gewerkschaften statt. Der Bericht verzeichnet einen Mitgliederstand von rund 40 000 Personen, während die 1923 abgeschlossenen kommunistischen Gewerkschaften nur 16 000 organisierte Arbeiter zählten. In dem Bericht wird auf die ungeheuren Schwierigkeiten hingewiesen, mit denen die rumänische Gewerkschaftsvertretung zu kämpfen hat. Vor allem ist ein unerhörter Terror der Verwaltungsbehörden zu überwinden und gleichzeitig ein Kampf gegen die permanente Wirtschaftskrise zu führen. Sie kommt zum Ausdruck durch starke Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Die Arbeiten des Kongresses waren vor allem den Fragen der Sozialpolitik und dem Problem der gewerkschaftlichen Einigung gewidmet, das für den Balkan infolge der bereits erfolgten Einigung in Griechenland, Jugoslawien und Bulgarien besonders aktuell ist. Der Kongress vertrat die Auffassung, daß eine Einigung in Rumänien nur auf der Basis der Prinzipien des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdame und nur in seinem Rahmen erfolgen kann. Jede andere Lösung würde für unannehmbar erklärt.

Eisenbahnstreik in Columbien. 5000 Angestellte der Staatseisenbahnen sind in den Streik getreten. Der Verkehr ist völlig stillgelegt. In der Hafenstadt Buenaventura sind außerdem die Hafenarbeiter in den Streik getreten, so daß verschiedene Dampfer ihre Ladung nicht löschen können.

Gerichtssaal

Brandstiftung als wirtschaftlicher Rettungsanker. Der Widerstand kapitalistischer Dekonomie dokumentiert sich auf verschiedene Art und Weise. Auf dem kriminellen Gebiete der Brandstiftung hat er sich gewissermaßen rationalisiert und typisiert. Ein Prozeß wegen Brandstiftung gleicht dem anderen. Fast stets sind es Angehörige des Mittelstandes, die sich auf „diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ wirtschaftlich kräftigen wollen. So ein armer Schächer sieht sich dem Großkapital bewußt oder unbewußt bedroht und versucht einen Ausgleich nach seinen Gedankengängen, indem er eine der großen Versicherungsgesellschaften beiträgt. So verhandelte der Ferienjenat am Montag gleich drei solche Fälle.

Ein Landwirt hatte sein Anwesen mit 37 500 Mark gegen Feuer versichert, das Anwesen war außerdem noch unterversichert. Mitte des Jahres 1924 ließ der alte Vater seinen Sohn als Eigentümer des Grundstücks eintragen. Da die Gebäude, Ställe und Schuppen ziemlich baufällig waren, wollte der junge Mensch gern neue Häuser. Doch reichten die Mittel nicht zu einer Erneuerung. Zur Probe zündete der Erbe nun den Getreideboden mit einem Streichholz an. Schaber und Dreschmaschinen verbrannten, und siehe da, prompt zahlte die Versicherung 488 Mark. Dieser „Erfolg“ ermutigte den Sohn, am 26. Februar 1925 abends im Holz- und Gerüstschuppen eine Flasche Petroleum auszuschütten und dazu ein brennendes Licht ins Stroh zu stellen. Nach einiger Zeit brannten Holz- und Gerüstschuppen, Viehstall und Instkassan nieder. Dabei ließ der junge Landwirt noch ohne Not das Vieh grausam umkommen. Zunächst beschuldigte der Sohn seinen Vater der Anstiftung zu dieser Tat, doch widerließ er in der Hauptverhandlung seine Belastungsaussagen, so daß der alte Bauer freigesprochen werden mußte. Der Brandstifter erhielt vom Schwurgericht Schneidmühl für den ersten Fall 2 Jahre, für den zweiten Fall 7 Jahre, als Gesamtstrafe 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust. Der Senat verwarf die Revision, so wie er die den ersten Fall betraf, hob die Verurteilung wegen des zweiten Falles aber auf, da hier subjektiv kein Versicherungsbetrag vorlag. Der Vater hätte das Geld erhalten, nicht der Sohn. Daher konnte der Täter nicht in betrügerischer Absicht handeln und durfte nur wegen Brandstiftung verurteilt werden.

Ein Ehepaar bewohnte in Saßwehel ein Zimmer, das als Küche, Wohn- und Schlafraum dienen mußte. Trotzdem versicherten sie 1924 ihre Habe und ein kleines Warenlager landwirtschaftlicher Produkte, mit denen sie handelten, mit 20 000 Mark übermäßig hoch gegen Feuer. Am 22. Dezember 1925, abends 9 Uhr, vertrießen die Eheleute nach Berlin. Am Bahnhof gab die Frau ihrem Bruder den Wohnungsschlüssel. Der Bruder kehrte ins Zimmer zurück, bezog verschiedene Gegenstände mit Spiritus und legte ein Feuer an, das aber rasch im Keime erstickt wurde. Wegen Brandstiftung und versuchten Versicherungsbetruges erhielt die Frau von Schwurgericht Stenbal 2½ Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, ihr Bruder 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust. Die Revisionen gegen beide Urteile wurden verworfen.

Bei einem Tischlermeister lag der Fall genau so wie der vorhergehende. Im März 1924 ein kleines Probefeuern, die Versicherung zahlte. Nun wurde 1925 die Versicherung von 20 000 auf 32 000 Mark erhöht, trotzdem Haus und Geschäft immer mehr verschuldeten! Als der Handwerker sich finanziell gar nicht mehr zu helfen wußte, tränkte er am Abend des 14. Februar 1926 einige Bretter mit leicht brennbarem Mineralöl und zündete an zwei Stellen an. Da nicht gleich alles niederbrannte, tat der Tischlermeister noch ein übriges und legte am 15. Februar, früh gegen 5 Uhr, noch einmal Feuer an, bis endlich sein Ziel erreicht war und Wohnhaus, Stall und Werkstatt eingäschert wurden. Das Urteil unterschied drei Brände. Wegen vorsätzlicher Brandstiftung und Versicherungsbetrag wurde der Handwerker vom Schwurgericht Bielefeld zu 2 Jahren 4 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Die Revision gegen dieses Urteil verwarf der Ferienjenat als unbegründet.

Sächsische Angelegenheiten

Die Justiz des Herrn Binger.

Eine unmögliche Anklage. — Stahlhelms Raube.

Einem neuen Beitrag zu der Geschichte der Vertriebskriege der deutschen Justiz liefert eine Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Bauen, die dieser Tage den Angeklagten zugestellt wurde. Zur Vorgeschichte sei kurz festgestellt: Vor der Volksabstimmung über die Festsitzabfindung hatten, wie auch an anderen Orten, die Angehörigen der Wehrverbände Stahlhelm, Jungdo usw. in Löbau Kolonnen gebildet, um die Plakate der Abstimmungsgegner zu überkleben und die eigenen Plakate gegen die Abstimmung anzukleben. Am Freitag vor der Abstimmung war von den berufenen Instanzen ein Sicherheitsdienst eingerichtet worden, bei dem eine Kolonne Stahlhelmer festgestellt und der Polizei übergeben worden war. Diese Feststellung war nötig, weil die bürgerliche Lokalpresse wiederholt darüber geizelt hatte, daß dunkle Kräfte am Werke seien, die das Eigentum anderer beschädigten. Es mußte vor aller Öffentlichkeit festgestellt werden, wer die dunklen Kräfte waren.

Dieser Vorgang hatte wohl dazu geführt, daß auch am darauffolgenden Tage, dem der Abstimmung vorausgehenden Sonnabend, sich freiwillige Kolonnen gebildet hatten, die den reaktionären Verbänden das Handwerk verberben wollten.

Bei diesem Bestreben zu kontrollieren, ob etwa Plakate der Abstimmungsgegner überklebt oder abgerissen wurden, wurde auch eine Kolonne jugendlicher Jungdoleute gestellt, die nach dem Hotel Wettiner Hof ging. Auf der Straße warteten mehr oder weniger Menschen, die mit gutem Recht die Tätigkeit der Jungdoleute beobachteten wollten.

Vor dem Wettiner Hof soll es auch zu kleinen Zusammenstößen gekommen sein, ohne daß die Polizei Grund zum Einschreiten fand. Wie wir erfahren konnten, haben Polizeimannschaften den sich freiwillig im Wettiner Hof eingeschlossenen jungen Leuten ihre Hilfe angeboten, um das Lokal verlassen zu können. Die angebotene Hilfe ist abgelehnt worden, und die Folge war, daß die Jungdoleute bis zum anderen Morgen im Wettiner Hof verbringen mußten, bevor sie die ihnen teilweise von ihren Vätern zugeordnete wohlmeinende Mahnung erhalten konnten.

Wegen dieser an sich belanglosen, durch die Erregung vor der Abstimmung und die Provokation der reaktionären Verbände zu erklärenden Vorgänge hat nun die Staatsanwaltschaft Bauen eine Anklageschrift zusammengebaut, die nach mehr als einer Richtung interessant ist. Angeklagt sind drei Löbauer Stadtverordnete, darunter der Kreisleiter des Reichsbanners, Genosse Richter, und ein Tischler.

Aus der Anklageschrift Einzelheiten zu veröffentlichen, würde zu weit führen, und sich nicht lohnen, denn es handelt sich um die üblichen Wendungen: „Große Zahl von Reichsbannerleuten und roten Frontkämpfern“, „rechenen nach der Art und Weise sich Auftretens mit der Möglichkeit von Zusammenstößen mit Andersdenkenden und der Möglichkeit, daß sie ihre Absichten selbst mit Gewalt durchsetzen würden.“

Bewunderung aber muß es erregen, und es muß den entschiedensten Widerspruch hervorrufen, wenn Personen angeklagt werden, die an dem fraglichen Vorgang in keiner Weise beteiligt waren. Die Art und Weise, wie in dieser Richtung die Anklage aufgebaut ist, muß aber auch ernste Betrachtungen über die Objektivität der Staatsanwaltschaft auslösen.

Im dritten Abschnitt der Anklageschrift heißt es: In diesen Trupps trat sich in besonderer Weise als führende Kraft die Stadverordneten Reumeyer, Richter und Broge dadurch hervor, daß sie als geistige Leiter des ganzen Unternehmens auftraten und der Menge die Richtlinien ihres Vorgehens gaben.

Diese lächerliche Konstruktion ist nur möglich, wenn man annimmt, daß ein Führer so hervorragend geistige Eigenschaften besitzt, daß sich diese auch auf eine große Entfernung auf andere Menschen übertragen. Der Genosse Richter war, wie gesagt, an den Vorgängen in keiner Weise beteiligt.

Aber das Unhaltbare der ganzen Anklage und das Unglaubliche kommt erst. Unter Punkt V heißt es:

„Auch der beschuldigte Richter trat besonders als Führer eines Trupps hervor, der die Aufgabe hatte, die Straßen Löbaus zu kontrollieren. Er war auch zeitweise auf dem Reichsplatz und Mitglied der dort zusammengekommenen Menge, obwohl ihm zweifellos bekannt war, daß diese zu Gewalttätigkeiten schreiten würde. Seine Aussage B 6 d. A. ist ganz offensichtlich unwahr.“

Er war Führer eines Trupps Reichsbannerleute von etwa 30 bis 40 Mann, der gegen 11 Uhr eine Abteilung Stahlhelmeute anhielt, die Plakate gegen den Volksentscheid ankleben wollten. Auf Richters Anweisung wurde die Polizei (sein gutes Recht) zugezogen und die Stahlhelmeute wurden dann von der Polizei zur Feststellung der Namen auf die Wache mitgenommen, wobei sie von dem Trupp eingeschlossen wurden. Richter machte sich hierbei auf der Polizeiwache Rechte an, die ihm nicht zustanden, die aber von der Polizei gebildet wurden. (Nein, die nach vorheriger Zustimmung der Polizei gefahren.)

So veranlaßte er, daß die Stahlhelmeute nach Waffen durchsucht wurden (oft eine dringende Notwendigkeit) und ihm und zwei anderen Leuten seiner Partei die Anwesenheit gestattet wurde.“

Was ist nun an den staatsanwaltschaftlichen Darlegungen richtig? Nichts! Und die Anklage muß unbedingt zusammenbrechen. Denn der von der Staatsanwaltschaft zur Begründung der Anklage herangezogene Vorfall trug sich nicht am Sonnabend, sondern bereits am Freitag, also einen Tag vorher zu, wie die Staatsanwaltschaft mit Beilichtigkeit auch heute noch feststellen kann. Was aber tat Richter am Freitag? Er übte sein selbstverständliches staatsbürgerliches Recht aus, indem er, als er von seinen Kameraden gerufen wurde, die gegen eine Verordnung des Stadtrates verstoßenden Stahlhelmer der Polizei übergab. Es war auch kein gutes Recht, die Waffen durchsuchung zu beantragen. Und es wäre wirklich interessant, festzustellen, ob sich ein Gericht finden wird, das wegen dieser Beschuldigung Anklage erhebt.

Kleinlüber und Arbeiterschaft.

Der Bundesausschuß des Arbeiterschützenbundes Deutschlands ersucht uns um Aufnahme folgender Zuschrift:

„Die KKK sind das Sammelbecken der sogenannten „Vaterländischen Verbände“. Was unter „vaterländisch“ zu verstehen ist, ist hinreichend bekannt, man hat es hier mit fanatischen Gegnern der republikanischen Staatsform zu tun. Unter dem Deckmantel des Sports und dem besonderen Schutze der republikanischen Verwaltungsstellen haben sich jene Kreise eine zuverlässige Prätorianergarde geschaffen, deren militärische Ausbildung der unserer Reichswehr nicht im geringsten nachsteht. Diese KKK sind das Machtinstrument der reaktionären Kreise gegen den inneren Feind. Und wenn Regierung und Staatsanwaltschaft versagen, diese rechtswidrigen Verbände aufzulösen, so hat die Arbeiterschaft alle Ursache, auf dem Posten zu sein, diesem Inzidenzspiel des Bürgerturns den Garau zu machen, durch festen Zusammenschluß aller interessierten Kreise zu einer starken Gegenbewegung. Neben Partei, Gewerkschaft und Reichsbanner ist die Arbeiterschützenbewegung ein Bollwerk, an dem die Pläne jener „Sportler“ der KKK zerfallen müssen. Nicht dem Schießsport gilt unser Kampf, sondern dem Mißbrauch des Schießsports zu Mordwerkzeugen und militärischen Ausbildungen der Gardisten der Reaktion. Ein Glied der Arbeiterschützenorganisation und Mitglied der Zentralkommission für Arbeiterschützen und Körperpflege, ist der Arbeiterschützenbund Deutschlands, Sitz Braunschweig. Er betreibt alle Arten des sportlichen Schießens auf streng sportlicher Grundlage, vom Bogenschießen mit Zimmerstößen bis zum Kleinkaliber-Schießsport. Tausende von Arbeitern huldigen in sogenannten „neutralen“ oder in bürgerlichen Verbänden dem Schießsport. Allen, die noch freiwillig die Fesseln der bürgerlichen Gesellschaft tragen, allen Partei- und Gewerkschaftsangehörigen, Arbeiterschützen und Reichsbannerkameraden, die Lust und Liebe zum Schießsport haben, rufen wir zu: Wacht auf! Es gibt nur eine Organisation aller Schießsporttreibenden Arbeiterschützen, das ist der Arbeiter-Schützenbund Deutschlands und da gehört ihr hinein. „Nicht Mord, dem Sport gilt unser Wort.“ Anfragen innerhalb Sachsens sind zu richten an: Sportgenossen Kurt Kollisch, Dresden-N., Großenhainer Straße 179.“

Es ist zu schön!

Ein Genosse schreibt uns:

„Denn, nun läßtst Du Deine Diener in Frieden sterben“, denn meine Augen haben es schwarz auf weiß gesehen, der allmächtige Herr Generaldirektor Dr. Silberberg hat uns die Friedensspiele angetrautet dargereicht! Herr Richter und die Seinen können aufpassen, das Alleinstein hat ein Ende gefunden. Der Ruf an die Sozialdemokratie (an die „Alte“) wird ein Echo finden. Schade, daß mir die Höhe der Erwerbslosenunterstützung nicht erlaubt, beiden — dem Herrn Geheimrat, sowie den „Alten“ — meinen Glückwunsch auszusprechen. Daß ich dies noch erleben durfte: Ein Oberstcharfmacher stellt fest: „die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiter ist sozialdemokratisch gesinnt!“ Vom Mut zur Konsequenz redet er — fabelhaft, von „sozialer Demokratie“ und andern schönen Dingen! Nur einmal erinnert er bescheiden daran, daß „wir in einem kapitalistischen Zeitalter leben“. Gleich darauf aber kommt der Hinweis „auf die Möglichkeit der Zusammenarbeit“. Ja, gab es nicht schon einmal so was wie eine „Arbeitsgemeinschaft“? Ist uns diese, oder wenigstens der andere Seite nicht gut bekommen? In einem Punkte aber hat er Recht, wie wir schon: „Sie hat nicht die Macht, die Kraft und die Fähigkeit, den Staat zu beherrschen und zu führen.“ Aber das können und wollen wir ja noch lernen. Also, auf Genossen, an die Arbeit!“

Keine Beteiligung der Demokraten an der bürgerlichen Einheitsliste. Aus Dresden wird gemeldet: In der Montagssitzung des Landesbürgerrats erklärte die Demokratische Partei, daß sie an den weiteren Besprechungen zur Bildung einer bürgerlichen Einheitsliste nicht teilnehmen könne. Die Einheitsliste erscheint jedoch trotz der demokratischen Nichtbeteiligung als gesichert, da sämtliche übrigen Parteien und Verbände an dem Gedanken der Einheitsliste festhalten.

Zentrumskandidaten zur Landtagswahl. Der Landesparteitag der Zentrumspartei Sachsens hat am Sonntag in Dresden stattgefunden und die Kandidatenaufstellung für die Landtagswahlen vorgenommen. Als Spitzenkandidat wurde Stadtrat Stabtrat Broger in Bauen aufgestellt, an zweiter Stelle Pfarrer Beyer, Leipzig.

Die Demokraten im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau haben ihre Kandidatenliste für den Landtagswahlkampf endgültig fertiggestellt. Die bisherigen Abgeordneten Dr. Seyfert (Der frühere Kultusminister), Günther-Plauen und Dr. Wiegler-Annaberg wurden wieder aufgestellt.

Dresden. Sprung vom Rathaus. Am Montagabend stürzte sich ein 17-jähriger Arbeiterbursche von der Plattform des Rathauses herab. Er war sofort tot. Ueber die Beweggründe ist nichts bekannt.

Bad Schandau. Das Opfer eines gemeinen Raubaktes. Der wegen angeblicher Brandstiftung verhaftete Rittergutsbesitzer Schubert auf Rittergut Proßen bei Bad Schandau ist wieder aus der Haft entlassen worden, da keinerlei Verdachtsmomente vorliegen. Die Verhaftung war auf Anzeige eines ehemaligen Hakenarbeiters Kuhn vorgenommen worden. Gegen Kuhn, der aus Raube gehandelt haben soll, wird die Sache noch ein unangenehmes Nachspiel haben.

Glauchau. Die Verzweiflungstat einer unehelichen Mutter. Eine Mutter versuchte sich mit ihrem dreijährigen Kinde durch Gas zu vergiften. Wiederbelebungsversuche waren bei der Frau von Erfolg, während das Kind bereits verstorben war. Die Frau wurde nach dem Krankenhaus übergeführt; man hofft sie am Leben erhalten zu können. Die Ursache zu der unglücklichen Tat soll in der Sorge um die Zukunft des unehelichen Kindes zu suchen sein.

Film - Palast | **Luna-Lichtspiele**
 Ll., Gundorfer Str. 31 | Eutr., Schiebstraße
 Anfang 7,7 und 9,9 Uhr.
Ein prachtvoller Doppel-Plan!
Mary Pickford in: **Der Ritt ums Leben** 6 Akte
Hout Gibson in: **Er kam — sah — siegte** 6 ungeheuer sensationelle Akte.

Ab heute gebe auf: 2000 Stück Zigaretten
 1 Spiel Karten gratis!
 Großversand in Tabakwaren
Paul Pfeffer, LEIPZIG
 (Ecke Bayersche Straße) — Telefon 32963
 Preisliste über zirka 300 Sorten Zigaretten franko
Verkauf nur an Wiederverkäufer

Lernt wieder sehen!
 3,50 Mark durch jede Buchhandlg.
 A. Singmund & Volker, Leipzig
Telephonisch können Interessierte nicht angenommen werden
 Redaktion der Leipz. Volkszeitung.

Auflösung
Leibfrau!

Lassen Sie Ihr **MAGGI-Fläschchen** nur aus dieser Originalflasche mit **MAGGI-Würze** nachfüllen

Hauptkennzeichen: Name MAGGI, gelb-rote Etiketten und typische Form der Flaschen.



Tapeten-Körner
 Rolle v. 20cm
 Ellenmtr. 64
 EckenKörner

Gute Reklame durch das Inserieren in der Leipziger Volkszeitung bringen
Gute Geschäfte



Wirtschaft

Reiche Hilfe für das Agrarcapital.

Zu den vielen Argumenten, mit denen die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre Organisationen die neue Erhöhung der Zollsätze für agrarische Produkte begründen, gehört auch das von der katastrophalen Lage der Landwirtschaft. Sie spitze sich mehr und mehr zu und übertrüge fast die Erscheinungen des vergangenen Jahres.

In den nachstehenden Zeilen soll untersucht werden, was an den von behördlichen Stellen als zutreffend hingegenommenen, Behauptungen Wahres ist. Da sind zunächst die Indexzahlen. Dieselben für die Zeit von Anfang Juni bis Ende August 1925 und 1926 nebeneinandergestellt, ergeben folgendes Bild:

	Indexzahlen 1925		Indexzahlen 1926	
	Industrie- erzeugnisse	Agrar- erzeugnisse	Industrie- erzeugnisse	Agrar- erzeugnisse
2. Juni	135,3	131,7	123,8	123,6
9. Juni	135,0	131,9	123,8	123,6
23. Juni	134,9	131,9	123,7	123,6
30. Juni	134,9	135,0	123,8	123,6
25. Juli	135,8	134,3	124,4	130,0
30. Juli	136,2	133,3	123,8	129,0
29. Juli	136,4	132,6	123,6	128,3
5. August	135,2	133,0	123,4	127,8
12. August	134,8	133,9	123,4	128,3
28. August	134,8	123,2	123,9	130,5

Dieses Bild zeigt, daß wir in diesem Jahre wesentlich andere Verhältnisse haben, als im vorigen. Im vorigen Jahre war um diese Zeit fast regelmäßig die Tatsache zu verzeichnen, daß der Preisindex für Agrarerzeugnisse kleiner ist als der für Industrieerzeugnisse. Es bestand also ein Zustand, den man als einen Zustand der ungeschlossenen Preisschere bezeichnet. In diesem Jahre übertrifft der Index für Agrarerzeugnisse fast regelmäßig den für Industrieerzeugnisse. Das Verhältnis hat sich entgegengesetzt gestaltet. Die Preisschere ist nicht mehr zum Nachteil, sondern zum Vorteil der Landwirtschaft geöffnet.

Zu noch interessanteren Feststellungen kommen wir, wenn wir uns die Preise ansehen, die gegenwärtig und zu derselben Zeit des Vorjahres für landwirtschaftliche Produkte gezahlt wurden. Das Bild sieht so aus:

	Weizen		Roggen	
	1925	1926	1925	1926
30. Juni	265,—	297,—	220,—	202,—
10. Juli	—	—	228,—	212,—
20. Juli	—	—	104,—	188,—
30. Juli	245,—	—	190,—	191,—
10. August	254,—	290,—	187,—	187,—
20. August	237,—	270,—	175,—	200,—
23. August	229,—	271,—	170,—	205,—
25. August	215,—	273,—	163,—	207,—

Dieses Bild zeigt uns bei fast allen Stichtagen, daß von einer geringeren Bewertung der landwirtschaftlichen Produkte in diesem Jahr auch nicht im geringsten die Rede sein kann. Am 25. Juni beträgt die Notierung bei Weizen 78 und bei Roggen 44 Mark pro Tonne.

Auch allgemein gesehen, ist die Situation für die Landwirtschaft in diesem Jahr wesentlich günstiger als in den Vorjahren.

Da ist zunächst die von uns schon besprochene Vereinbarung, nach der die Goldkreditbank 250 Millionen Mark an langfristigen Kredit gewährt. Rund 170 Millionen Mark sind davon bereits vergeben worden. In Aussicht genommen ist, diese Kredite über die ursprüngliche Grenze von einer Viertelmilliarde auszuweihen.

Daneben läuft die sogenannte Getreidelombardierungsgesellschaft. Nach den darüber mitgeteilten Einzelheiten soll der Landwirt auf eine Zeit bis zu 6 Monaten sein ausgebrochenes Getreide mit 60 Prozent des Wertes bei seiner Genossenschaft verpfänden können. Die Genossenschaften werden überzogen und der Wechsel wandert dann über die Kreditgenossenschaft und Preußenkasse zur Reichsbank. Das Wesentlichste ist, daß dem Landwirt die Bestimmung des Zeitpunktes überlassen bleibt, an dem er den Verkauf des Kornes vornehmen möchte. Bei anfänglichem Tiefstand der Preise werde er auf diese Weise, so rechnet man, um den Verkauf herumkommen und das Getreide erst dann abheben, wenn der erste Ansturm vorüber ist.

Dann soll ebendort die von uns auch schon des öfteren erwähnte Getreidehandelsbank m. b. H. in Funktion treten, eine private, mit nominal 15 Millionen Mark ausgestattete Roggenregulierungsgesellschaft, die vom Reich ein beinahe unverzinsliches Darlehen von 30 Millionen Mark bis zum 1. April 1929 zugewiesen erhielt.

Zu allem kommt dann noch die Tatsache, daß die Deutsche

Rechenbank und die Deutsche Rechenbankkreditanstalt beschlossen haben, die Zinsen für die von ihr ausgebenen Personalkredite mit 6 Prozent, für die Institute, die mehr Zwischenstellen haben, auf 5½ bzw. 5 Prozent (Preussische Zentralgenossenschaftskasse) herabzusetzen. Die Zinsermäßigung ist bereits am 6. Juli in Kraft getreten. Der Höchstzinsfuß, den der Landwirt den Kreditinstituten (Banken, Sparkassen, Genossenschaften) zu zahlen hat, beträgt 8½ Prozent, einschließlich aller Provision, mit alleiniger Ausnahme des Wechselstempels.

Da, wo der objektive Berichterstatter in den agrarischen Zeitungen zu Worte kommt, gesteht man auch ein, daß die kommenden Monate zu allzu großem Pessimismus keine Veranlassung geben. In dem Handelsteil der Deutschen Tageszeitung, Nr. 336, wird folgendes geschrieben:

„Vor derartig überstürztem Verkauf seitens der Landwirte muß dringend gewarnt werden. Denn wenn wir uns auch hüten, irgendwie zu prophezeien, so sei doch darauf hingewiesen, daß für die Zukunft die Aussichten für die Preisentwicklung für deutsches Getreide, insbesondere für Weizen, Roggen, auf den es in erster Linie ankommt, nicht ungünstig liegen.“

Nach allem Gesagten sind die eingangs erwähnten Behauptungen der landwirtschaftlichen Unternehmer und ihrer Organisationen reichlich übertrieben. Die gegenwärtige Wirtschaftslage in der Landwirtschaft ist, gemessen an der des Vorjahres, keineswegs schlechter, sondern um ein Erhebliches günstiger. Wenn die Zeichen nicht trügen, ist der Tiefstand überschritten. Daran ändert unseres Erachtens auch nichts die Tatsache, daß die Verschuldung der Landwirtschaft im letzten Vierteljahr von 3,1 Milliarden auf 3,7 Milliarden Mark gestiegen ist. Schulden brauchen nicht immer ein Beweis für den ungünstigen Stand eines Betriebes zu sein. Sie werden sehr oft, und besonders in der Landwirtschaft, zu dem Zwecke gemacht, einen günstig dastehenden Betrieb noch weiter zu ergänzen und aus ihm einen noch größeren Wertfaktor zu machen. Das scheint bei den 600 Millionen Mark hinzugekommenen landwirtschaftlichen Schulden besonders der Fall zu sein. Sie entspringen nach dem letzten Vierteljahrsbericht, der vom Institut für Konjunkturforschung herausgegeben wurde, in der Hauptsache auf die Hypothekarkredite, die von 1,2 Milliarden auf 1,7 Milliarden Mark angewachsen sind.

Die Tagung deutscher Sparkassen und Kommunalbanken.

SPD. Für die Tagung der Deutschen Sparkassen- und Kommunalbankentages, die am Sonntagabend in Augsburg eröffnet wurde, machte sich ein außerordentlich großes Interesse bemerkbar. Waren doch über 2500 Tagungsteilnehmer angemeldet, gegenüber etwa 1300 bei der vorausgegangenen Tagung in Köln. Am Montagvormittag sprach zunächst der Präsident des Deutschen Städtebundes, Dr. Wulter, über „Öffentliche Finanzprobleme“. Nach allgemeinen Ausführungen über die in der Nachkriegszeit noch gewaltig gesteigerte Bedeutung der Finanzprobleme für alle Fragen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft legte der Vortragende dar, daß die seit August vorigen Jahres von der Reichsregierung durchgeführten Steuerentlastungsaktionen nicht zu dem angestrebten Ziel führen würden. Als Finanzproblem müßte die Aufwertung heute erledigt sein; das dringende allgemeine Interesse verlange, daß diese Frage als abgeschlossen behandelt werde. Jede zur Aufwertung beschlossene Ausgabe, die über das bisher festgelegte hinausgehe, könnte nur durch neue Steuern gedeckt werden, die wiederum die Wirtschaft treffen müßten. Das Erwerblosproblem sei nicht nur sozial und wirtschaftlich, sondern auch finanziell eines der brennendsten. Der Redner hofft, daß die bevorstehenden Verhandlungen des Deutschen Städtebundes in Stuttgart einen Schritt zur Lösung näher führen. Auf dem Gebiet des Wohnungsbaues könne das plan- und systemlose Vorgehen nicht fortgesetzt werden. Ein systematisches Bauprogramm bedinge große Mittel, deren Anlage durchaus produktiv sei. Allein aus laufenden Mitteln lasse sich diese Ausgabe nicht finanzieren. Der Redner stellt dabei den Grundgedanken auf, daß alle großen einmaligen Ausgaben von bleibendem Wert nicht aus laufenden Einnahmen finanziert werden dürften, wie es in den vergangenen Jahren aus Mangel an Anteilsmöglichkeit vielfach geschehen müßte. Die volkswirtschaftlich so überaus bedeutsame Bildung neuer Kapitalis habe in den letzten zwei Jahren im Inland unerwartete Fortschritte gemacht. Sind doch die Sparkassen allein der preussischen Sparkassen von 6,2 Millionen RM. am 1. Januar 1924 auf 40,1 Millionen RM. am 1. Januar 1925 und auf 121,1 Millionen RM. am 1. August 1926 angewachsen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dieses Ergebnis nicht auf einer Zwangskapitalisierung, sondern auf „echten“ Ersparnissen beruhe. Aus den Ausführungen des Redners über das Verhältnis der öffentlichen Bankanstalten zur privaten Bankwelt ist von Interesse, daß die Verzinsung der öffentlichen Bankanstalten in der Nachkriegszeit kaum die Zahl Hundert überschreitet, während die Zahl der privaten Bankbetriebe um 2500 gestiegen ist. Ueber die „öffentlichen Banken in der deutschen Volkswirtschaft“ sprach Universitätsprofessor Dr. Terhalle-Hamburg, der ins-

besondere bemerkenswerte Ausführungen über die Ausgestaltung des Sparkassenwesens in geschäftlicher und organisatorischer Beziehung und über den Ausbau der Girozentralen brachte.

Der Präsident des Giroverbandes Dr. Kleiner, Berlin, sprach über den „Kommunalcredit im Rahmen des Aufgabekreises der deutschen Sparkassen- und Giroorganisation“. Besonders ausführlich behandelte er den für deutsche Verhältnisse neuartigen Typ der kommunalen „Sammelanleihe“ und die Arbeitsteilung zwischen Sammel- und Einheitsanleihe. — An die drei Vorträge schloß sich eine Aussprache.

Die Montagnachmittagssitzung brachte weiter einen Vortrag von Generaldirektor Vel-Düffeldorf über „Finanz- und betriebswirtschaftliche Probleme im kommunalen Bankwesen“. Der Redner trat für die Errichtung einer eigenen zentralen Wechselbörse ein und für die Schaffung eines zentralen Hypotheken-Lombardinstituts ein. Der Spareinlagenzinsfuß könne nun unmöglich in eine starre Relation zum Reichsbankzins bringen. Zur Frage der Beamtenausbildung verwies er auf die Errichtung der Sparkassenschule in Köln, die am 15. Oktober 1926 eröffnet wird.

Den letzten Vortrag hielt Verbandspresident Dr. Eberlex, Dresden über „Kommunales Giroverkehr, seine Entwicklung und seine Zukunft“.

Spil, Sport, Körperpflege

Aus der Kreisfußballausführung.

kzd. Diese überaus arbeitsreiche Tagung fand am 4. und 5. September in Dresden statt. Schon die Tagesordnung verrät eine Anhäufung des zu bearbeitenden Stoffes, der aber seine restlose Erledigung fand.

Tagesordnung: 1. Situationsbericht (Genosse Engel). 2. Einteilung des Spieljahres. 3. Kreismeisterchaft. 4. Presse. 5. Allgemeines.

In seinem Referat, das einen Überblick über die gegenwärtige Lage gab, ging der Kreisfußballwart auf alle Vorkommnisse des letzten Halbjahres ein. Der internationalen Spiele waren es zu viel in diesem Jahre. Besonders sportlichen Reiz und große Anziehungskraft zeigten die Kassenpiele. Im nächsten Jahre dürfen aber im Interesse des Kreisfußballs keine internationalen Spiele stattfinden. Eine Beleuchtung des Bundesstadtes im Sinne unserer Organisationsverhältnisse fiel etwas trüb aus. Vor allem wurde bedauert, daß man der Spartenfrage im Bunde noch Hindernisse in den Weg legt. Noch immer gibt es Vereine im Kreise, die nichts von einer neuen Säkhung für das Fußballspiel wissen. Es gibt auch noch immer Vereine, die eine irreführende Reklame machen, indem sie Spiele mit außerdeutschen Mannschaften als Länderspiele bezeichnen oder auf den Werbeplakaten die Firmierung unferes „F. u. S. V.“ weglassen. Das ist eine verwerfliche, von geringem Klassenbewußtsein zeugende Motation. Auch in bürgerlichen Blättern dürfen Arbeiterportraits nicht inserieren oder gar über die Spiele berichten. Gebt eure Druckaufträge nur in die Druckereien der Arbeiterbewegung. Verschiedene Beschlüsse bedienten der zukünftigen Gebarung unferes Organisationswesens, insbesondere des Meldewesens. Das Schülerpiel muß zu Beginn des nächsten Spieljahres überall eingeführt sein. Am 28. November wird eine Kassiererlagung alle Bezirkskassierer mit dem Kreisführer vereinen, um die bestmögliche Kassienführung im ganzen Kreisgebiet einzuführen. Die Schiedsrichter sollen angewiesen werden, in Zukunft noch schärfer als bisher alle Mängel im Spiele zu unterdrücken. Am Tage der Bundesschuleinweihung (19. September) sollen alle Mannschaften ihren Sportplatz nur der Bundesschule widmen. Bei allen Spielen sollen an Mannschaften und Zuschauer Gedankworte gerichtet werden, die auf die eminente Bedeutung des Tages in der Geschichte des Arbeiterportes hinweisen. Jugendabteilspiele sind nicht gestattet. Zu einem Zentralbildungsturnus an der Bundesschule werden die Bezirksleiter und zwei Genossen des Kreisvorstandes delegiert. Es wurde einstimmig beschlossen, unter dem Namen der Sächsischen Spielvereinigung der Bundesschule 1000 Mark zu überweisen. Punkt 2 diente der Aufstellung der Richtlinien über die Einteilung des Spieljahres (Serienpiele). Die Kreismeisterchaftspiele beginnen am 2. Januar 1927. Eingehende Behandlung fand der Punkt Presse, der eine Schilderung des jetzigen Standes des Berichterstatters brachte. Es steht noch viel Arbeit auf diesem Gebiet bevor. Bedauerlich ist, daß so viele Genossen, durch die wirtschaftliche Notlage veranlaßt, zuerst auf die geistige Nahrung verzichten, die ihnen der Sächsische Arbeiter-Sport, unser Kreisblatt, bietet. Die Referate des Kreisblattes ist zurückgegangen. Das zieht eine Raumeinschränkung nach sich, die unferer Bewegung nicht förderlich ist. Die Fußballspieler sollten immer für das Kreisblatt werden. Erst das ermöglicht einen Ausbau unferes Pressewesens.

Bezirksleiter verpflichtet, Mitteleregentreffen Dessau, Jeder Abteilungsleiter ist verpflichtet, die Fahrkarten vom Donnerstag bis Sonnabend mittag bei dem Genossen Hendrich im Bundeshaus zu entnehmen, damit vor Abgang des Zuges keine Schwierigkeiten entstehen. Wenn dies unter keinen Umständen möglich ist, dann Entnahme am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, Hauptbahnhof, Westseite, am Blumenladen. Das Fahrgehd bis Dessau beträgt 2,60 RM., von Dessau nach Wörlitz 1 RM., weitere Unkosten für Musik, Abschied usw. 50 Pfg., zusammen 4,10 RM. Dieser Betrag muß bei der Entnahme der Fahrkarten für jeden Teilnehmer abgeliefert werden. Abfahrt 4.11 Uhr, Rückfahrt Sonntag, abends 9 Uhr.

Meine Universtitäten.

Von Maxim Gorki.

Deutsch von Erich Böhm.

45) Copyright 1926 by Ulstein U.-G., Berlin.

Das Schloß an der Badstube wurde erbrochen. Mehrere Leute drängten sich gleichzeitig in die Tür hinein und kamen fast im selben Augenblick auch wieder zum Vorschein. Ich hatte indes einen andern von der Erde aufgehoben.

„Es ist nichts da . . .“
„Nichts?“
„Ach, ihr Teufel!“

Jemand sagte lächelnd:
„Woju das alles, Leute?“
Ihm antworteten ein paar wüste Stimmen, wo: von Betrunknen:

„Was heißt — woju?“
„Ans Feuer!“
„Diese Aufrührer . . .“
„Organisieren wollen sie . . .“
„Spießhüben! Und ihre Leute sind auch Spießhüben . . .“
„W! rief Komas laut. „Nun also, jetzt habt ihr doch gesehen, daß in meinem Badhaus keine Waren versteckt sind. Was wollt ihr denn noch? Alles ist verbrannt, da seht ihr, was übriggeblieben ist. Was für einen Vorteil hätte ich denn davon gehabt, mein eigenes Hab und Gut anzuzünden?“
„Es ist doch verächtlich.“
Und wieder klang es wutentbrannt aus zehn Kehlen:
„Recht euch nicht an ihr Geredel!“

Schluß! Wir haben es lange genug gelitten . . .“
Wir ästerten die Beine, und mir wurde es schwarz vor den Augen. Durch den rötlichen Dampf hindurch sah ich wilde Gesichter mit haarigen Mundöffnungen, und konnte kaum noch mein Verlangen zügel, auf diese Kerle einzuschlagen. Sie aber sprangen brüllend um uns herum.

„Was-a, Knüppel haben sie sich auch schon genommen!“
„Was, Knüppel haben sie?“
„Die werden mir noch den Bart austreiben!“ sagte der Chochol, und ich lächelte, daß er spähtlich lächelte. „Sie kriegen auch was ab, Maximysch — ach! Aber nur Ruhe, Ruhe . . .“

„Seht doch, der Beugel hat sogar ein Beil!“
In meinem Hosentriebe steckte tatsächlich ein Zimmermannsbeil, das ich ganz vergessen hatte.

„Es scheint fast, als hätten sie doch Angst,“ überlegte Komas. „Zammerh! — wenn etwas passiert, nehmen Sie nicht das Beil . . .“

Ein fremder, schamer, kleiner Bauer tanzte lärmend um uns herum und freischte wie besessen:

„Mit Ziegelsteinen . . . von weitem! Soll's über mich kommen.“

Er nahm tatsächlich ein Stück Ziegel, holte aus und warf es mir an den Bauch. Aber bevor ich erwidern konnte, füllte von oben her wie ein Hagel Kukulschin auf ihn los, und sie rollten engumhüllungen in die Schlucht hinauf. Hinter Kukulschin kam Pantow herbeigeeilt, ferner Barinow, der Schmied, und noch an die zehn Menschen. Kusman sagte sofort geschelt:

„Du bist doch ein Hunger Mensch, Michailo Antonow, und du weißt ja: Feuer im Dorje bringt den Bauern um den Verstand . . .“

„Kommen Sie mit, Maximysch, in die Schenke am Ufer,“ sagte Komas, nahm die Pfeife aus dem Munde und schob sie mit einer jähen Bewegung in die Hosentasche. Auf seinen Knüppel gestützt, kletterte er müde aus der Schlucht heraus. Als Kusman, der neben ihm ging, etwas sagte, antwortete er nur, ohne ihn anzusehen:

„Scher dich fort, du Tölpel!“

Da wo unser Haus gestanden hatte, glimmte nur noch ein goldschimmernder Haufe Kohlen, in dessen Mitte der Ofen stand, und aus dem heiligeliebten Schornstein stieg blauer Rauch in die heiße Luft auf. Notglühend standen die Eisenstäbe der Schlafstätte da, wie Fische einer Spinne. Die verrosteten Türpfosten standen wie schwarze Wächter neben dem Gluthaufen. Ein Türpfosten hatte eine rote Mähle aus Kohlen und war ganz in Feuerfäden gekleidet, die fast ausfähen wie Hahnenfedern.

„Alle Bücher sind verbrannt,“ sagte der Chochol seufzend. „Das ist zu ärgerlich.“

Die Dorfjungen trieben mit Stöcken große Feuerfächer wie Fächer in den Schlamm der Straße. Sie stöhnten, erschloßen und erfüllten die Luft mit ähendem, weißlichem Rauch. Ein etwa fünfjähriges Weuschlein, weißhaarig und blaueäugig, saß in einer warmen, schwarzen Mähle, kopfte mit einem Stock auf einen zerbröckelten Eimer und genoh innigst den blechernen Klang der Schläge. Mit düstern Gesichtern schritten die Abgebrannten dahin und schlopfen ihren geretteten Hausrat in Haufen zusammen. Die

Weiber weinten, schimpften und zankten sich um angeblöhte Holzstücke. In den Gärten hinter der Brandstelle standen regungslos die Bäume. Bei vielen war das Laub durch die Hitze gelb geworden, und die Massen rötlicher Äpfel waren noch deutlicher zu sehen.

Wir gingen hinab zum Fluß, badeten und tranken dann stumm in der Schenke am Ufer See.

„Mit den Äpfeln haben unsere Dorfwächter aber ihr Spiel doch verloren,“ sagte Komas.

Pantow kam, nachdenklich und noch weicher als sonst.

„Nun, wie ist es, mein Vester?“

Pantow zuckte die Achseln.

„Mein Haus war versichert.“

Sie schlegten eine Weile, betrachteten sich eigentümlich wie ganz Unbekannte, mit taftenden Augen.

„Was willst du jetzt tun, Michailo Antonysch?“

„Ich muß erst überlegen.“

„Du mußt fort von hier.“

„Ich werde gehen . . .“

„Ich habe einen Plan,“ sagte Pantow. „Komm heraus, wir wollen darüber reden.“

Sie gingen hinaus. In der Tür wandte sich Pantow noch einmal um und sagte zu mir:

„Ra, schlückern bist du nicht. Du kannst hier bleiben. Vor die haben sie jetzt Angst . . .“
Ich ging auch hinaus ans Ufer, legte mich unter den Strauchhain nieder und schaute auf den Fluß hinaus.

Es war noch heiß, obgleich die Sonne sich schon stark nach Westen neigte. Wie ein breites Band rollte sich vor mir noch einmal alles ab, was ich in diesem Dorfe erlebt hatte — als wäre es mit Farbs auf den Streifen des Flusses geschrieben. Mir war trübe zumute. Aber bald legte die Müdigkeit, und ich schlief fest ein.

„Hallo!“ hörte ich im Schlaf und fühlte, daß ich geschüttelt und irgendwohin geretzt wurde. „Bist du denn ganz tot, wie? Wach auf!“

Am andern Ufer, über den Wiesen, leuchtete tiefrot der Mond, groß wie ein Wagenrad. Ueber mich beugte sich Barinow und schüttelte mich.

„Komm! Der Chochol sucht dich; er ist schon unruhig.“
(Fortsetzung folgt.)

1811.

Aus dem Drama „Napoleon“.
Von Wilhelm Speyer.

Spätnachmittag im Herbst. Straße in der Umgegend von Fontainebleau.

Napoleon in grüner Hofjaguniform. Rechts ein Wald. Links ein Feld.

Ein Bauer auf dem Feld. Ein Holzfäller im Wald. Ein Steinhauer auf der Straße.

Napoleon: Für wen zerklößt du Steine?

Steinhauer: Für den Kaiser der Franzosen, damit er Wege bauen kann.

Napoleon: Für wen legst du die Erde nieder?

Holzfäller: Für den Kaiser der Franzosen, damit er Schiffe bauen kann.

Napoleon: Für wen pflügst du den Acker um?

Bauer: Für den Kaiser der Franzosen, damit er Brot essen kann.

Napoleon: Mein Sohn, lebst du gut und würdig von deinem Verdienste?

Bauer: Nein.

Napoleon: Woran fehlt es dir?

Bauer: Immer an 5000 Franken, damit ich meinen Sohn loskaufen kann, daß er nicht nach Rußland zieht.

Napoleon: Lebst du gut und würdig, mein Sohn?

Holzfäller: Nein.

Napoleon: Woran fehlt es dir?

Holzfäller: Immer an 5000 Franken, damit ich meinen Sohn von den Soldaten loskaufen kann.

Napoleon: Nun? Und du, mein Sohn?

Steinhauer: Immer an 5000 Franken, damit ich meinen Sohn von den Soldaten loskaufen kann.

Bauer: Mann, der uns fragt, wer bist du?

Holzfäller: Sie sagen auf ostindischen Schimmeln hier im Busch. Bist du von seiner Jagd?

Steinhauer: Du trägst einen grünen Rock. Bist du von seiner Garde?

Napoleon: Ich bin der Bauer Frankreichs. Der Holzfäller des Abendlandes. Der Steinhauer in die Zukunft.

Bauer: Das verstehen wir nicht.

Napoleon: Wie ich ein Jüngling war, hab' ich den Pflug geführt wie du, damit Frankreich wieder essen kann. Wie ich ein Mann wurde, hab' ich die Wälder des Abendlandes gerodet, damit Europa wieder atmen kann. Wenn ich ein Greis sein werde, will ich die Steine zerhämmern wie du, damit die Menschheit auf meiner Straße vorwärts marschieren kann.

Holzfäller: Das verstehen wir nicht.

Napoleon: Meine Kinder, seit Jahrtausenden steht ihr da auf derselben Stelle, pflügend, rohend, Steine zerhämmern! Und seit Jahrtausenden fordern die freien Könige des Abendlandes eure Söhne zu ihren Kriegen. Ich aber führe euch die letzten Kriege Europas! Nie wieder werden Söhne nach euren Söhnen Soldaten sein! Keine Aushebung mehr! Keine Waffe in Europa, nur die des Hilters der Muren!

Bauer: Du redest Unsinn — (Nicht ihn bedeutungsvoll an) Kaiser! Solang es einen Pflug für dich und deinesgleichen in meiner Faust gibt, gibt es in deiner Faust den Krieg.

Holzfäller: Du redest Unsinn — Kaiser! Solang' meine Axt für dich und deinesgleichen in dem Walde erklingt, klagt' dich und Zwietracht von Holz zu Holz.

Steinhauer: Unsinn, redest du — Kaiser! Solang' mein Hammer Weg' hämmert für deinen und deinesgleichen Soldatenschuh, hämmert die Erde gegen ihr eigenes Herz.

Napoleon: Solang' ich ein Mann bin, muß ich ein Kaiser des Krieges sein! Meine Väter, zum letzten Male gebt mir eure Kinder! Und gebt mir mit euren Kindern Zeit genug, ein Greis zu werden! Dann sind Frankreich und Deutschland und Italien und Oesterreich und Polen und der Balkan und die Schweiz und Spanien und Portugal und Holland und Skandinavien — sind eines, ein einziges Stück, geschnitten aus der Natur, freisrund, lebendig und ohne Haß!

Bauer: Was ist das, wovon du sprichst, Kaiser? Wie nennst man das?

Napoleon: Zukunft!

Bauer: Du bist ein sehr großer Mensch, Kaiser. Alle sagen es. Deinesgleichen kommt niemals wieder. Deine Zukunft aber — das ist ein Hirngespinnst von euch großen Menschen. Du wirst ein Greis werden wie ich!

Holzfäller: Wie hast du das Wort gesprochen: Zukunft? Das ist das Lied, mit dem du deine Zeit einwillen willst. Du wirst aber ein Greis werden wie ich!

Steinhauer: Wie hast du es ausgesprochen: Zukunft! Das ist die Menschenfalle, die du auf deine Schlachtfelder aufstellst für unsere Söhne. Du wirst aber ein Greis werden wie ich!

Napoleon: Ich will nicht ein Greis werden wie ihr! Ich schmiede unsterbliche Einheit durch meine unsterblichen Kriege! Die Weltstraße schreibe meinen Namen an ihre Himmelstümpfen; auf jedem Sonnenaufgang meine eigenen Standbilder erklingen, über Wälder hinaus, deren Grenzen vermordet sind, über freie Ströme und Meere!

Bauer (mit Trauer): Du redest Unsinn, Kaiser. Du bist ein großer General gewesen, und dann bist du ein gewaltiger Konful gewesen. Hand und Fuß hatte da alles, was du tatet. Jetzt aber verstehen wir dich nicht mehr.

Holzfäller (mit Trauer): Du hattest auch ein ganz braves Weib. Wir hatten sie recht lieb. Du hast sie verstoßen. In dein Bett hast du die blonde Fürstin aus dem Stamme der türkischen Herren genommen. Jetzt verstehen wir dich nicht mehr.

Steinhauer (mit Trauer): Und nun wirst du untergehen. Eine Stille.

Bauer: Es ist jetzt Abend geworden und wir sind recht müde — Holzfäller: Recht müde geworden — Steinhauer: Müde geworden — Sie entschwinden in der Dämmerung des Herbstes wie Nebelbilder.

Jeanne d'Arc als Passionspiel.

Von Erich Gottgeiren.

Seitdem Jeanne d'Arc heiliggesprochen worden ist, gibt es in der Lorraine, ihrer Heimat im Osten Frankreichs, kaum noch Monate, in denen nicht an sie erinnert wird. Wurde gestern in Domrémy im Gedächtnis an diese Heiligensprechung mit Pauken, Trompeten und langen Messen ein religiöses Fest gefeiert, so strömen heute und an den weiteren Sonntagen dieses Herbstes aus demselben Anlaß Tausende und Zehntausende nach Nancy. Beinahe im Zentrum dieser vielgestaltigen Stadt, deren Platz des Stanislas an Anmut und Heldentat in der Welt nur selten seinesgleichen finden dürfte, und nur zweihundert Schritt entfernt vom Domizil des Wunderdoktors Coué, steht ein Passionsdrama. Ganz in der heute verstaubten Art eines Passionsspiels wird dort allsonntäglich von vier Uhr nachmittags bis in die späte Nacht hinein das Schicksal der Jeanne d'Arc durch die Kulisen gezogen, Barriers fünfziges Geschichtsmärchen mit Gounods Mittelmaß hat jetzt den Segen und die Bekanntheit der katholischen Kirche gefunden, und die Geistlichkeit verliert sich für sie zu fangen, indem sie die „Stimmen von oben“ auf dem Schürboden verstaubt.

Aus dem sehr interessanten Hintergrund der Stadt Nancy, aus vierhundert Schaulustern, einem Riesenaufwand von Farbe, Glanz, Kostümgeläch, Glanzintönen und Naturperlen, aus einer viel-laufendpflügend gefüllten Theaterkneipe von Oberammergauer Ausmaßen — aus diesem ganzen Material nun ein begeistertes Feuilleton zu machen, wäre sehr einfach. Aber würde hier der Versuch gemacht, der Auffahrt vorzuziehen und von Anfang bis Ende, von Domrémy bis zum Scheiterhaufen und der endlichen „Besetzung“ bei den Engeln. Kann es doch hier nur für den objektiven Zuschauer das Urteil geben: Tant de bruit pour une omelette! Und sogar pour une omelette sans confiture — denn es bleibt nicht einmal ein angenehmer Nachgeschmack. Niemand wird „Religiosität“ im engeren Sinn des Wortes erwarten. Aber hier ist eine Trägheit der Herzen und des Geistes anzutreffen, die mit dem Theater oder mit der Religion überhaupt nichts zu tun hat. Weder auf der Bühne noch im Parterre flammte irgendwelche Begeisterung, spürte man Anteilnahme oder Liebe. Es ist das immerhin einigermaßen erstaunliche, da man weiß, wie sehr die Franzosen das Theater lieben und wie sehr ihnen gerade hier im Osten das Schicksal der Jeanne d'Arc herzensnah geworden ist. Doch die Hände eines an sich sehr dankbaren Publikums rühren sich nur, wenn die Claque im schwarzen Rock den Rotor des Applauses antreibt.

Das Spiel ist sehr mittelmäßig, aber nicht etwa weil Dissetanten auf der Bühne stehen — gibt es doch auch eine „Routine“ mancher Berufsspieler, die Weiblichkeit erzeugen kann —, sondern einfach, weil sie ihre Sätze jede innere Beziehung zu deren hohen Sinn aufgeben. Die Schauspieler haben sich ihr bestes Willen mitgebracht, und nun wissen sie vor einem lächerlichen Objekt nicht, was sie damit anfangen sollen. Selbst ein Akt kann einer Leiche kein Leben einflößen, um wieviel weniger der Late. Mag sein, daß der Glaube Berge versetzt — Grabsteine niemals. Trotzdem hätte bei zweifellos riesenhaften Einnahmen künstlerisch nicht so gepusht zu werden brauchen wie hier, wo kaum jemand die primitivsten Regeln der Sprechtechnik beherrscht und wo man sich an ein braves Kind von heiliger Johanna gewöhnen mußte, das weder heilig war, noch Johanna sondern höchstens Hannchen.

Denen freilich, die ein lebendiges, bluterkülltes, zeitverbundenes Theater wünschen, kann das Gesamtbild, welches das Verlangen nach Darstellung und Publikum ergab, nur recht sein. Denn diese Johanna-Passion von Nancy ist ja nur eine neue Bestätigung dafür, daß das Pathos der ewigen Krieger ebenjowenig zieht wie die postulare Weltanschauung überhaupt. Heroismus, losgelöst von allem anderen, also auch negativem, Menschlichen, das glaubt niemand mehr. Der Weltkrieg liegt hinter uns und besonders dicht hinter der Lorraine; durch das Tal von Nancy hallte lange Jahre der Donner der Kanonen. Haben da die Heiligen mit Wundern geholfen? Die Alten zitierten noch, was ihnen die Kirche gepiffen hat. Die Jungen fangen an mehr zu denken und weniger blindlings zu glauben.

Die Kirchen sind natürlich noch ganz gut besucht in Frankreich. Wenn Soldaten meutern, fangen sie ja damit im allgemeinen auch nicht zu Hause, sondern in der Kaserne an. Im Passionsdrama, in ihrer „freien Kirche“, da sitzen sie ohne Begeisterung, ohne Freude, ohne inneren Anteil. Diese Johanna, diese Heiligen, dieses pathetische Französisch — das hat mit ihrem Herzen, ihrem Leben, ihren Sorgen nichts mehr zu tun. Wirklich „bewußt“ wird das alles nur den wenigsten sein. Sie wissen, daß auch ihr Weg oft eine Passion ist, aber sie ahnen erst ganz leise, wo die Kirche, die sich hier auf der Bühne und sonst im Leben als Träger abspießt, wirklich steht. Und vom Massenbewußtsein zum Klassenbewußtsein ist noch ein weiter Weg. Eine Hilfsmöglichkeit, diesen Weg abzukürzen, ist: in allen Ländern dem Passionsdrama das revolutionäre Theater des Zukunftsfindenden, arbeitenden Volkes entgegenzusetzen.

Kleine Chronik.

Feinde und Bewohner der Tiefsee. Der englische Kabelleger Colonia vollbringt jetzt in den Meeresfluten des Atlantischen Ozeans die Aufgabe, das neue englisch-amerikanische Kabel zu legen, das Mittelungen mit der erstaunlichen Schnelligkeit von 500 Worten in der Minute übermitteln soll. Da der Weg des Kabels östlich von der größten Tiefe des nördlichen Atlantik, der südlich von Neufundland gelegenen Salm-Tiefe, an der der Meeresgrund mehr als 7 Kilometer unter der Oberfläche liegt, hinführt, so hat man nicht mit sehr großen Tiefen zu rechnen. Die meisten Reisenden, die den Atlantischen Ozean passieren, glauben, daß das Meer immer tiefer wird, je weiter man sich vom Lande entfernt. Tatsächlich zeigt sich aber ein Gürtel von verhältnismäßig sehr tiefem Wasser, die sogenannte Nordatlantische und Südatlantische Erhebung, über die ganze Mitte dieses Ozeans von Grönland bis zu den Ländermassen der Atlantik hin. Außerdem ist zur großen Freude der Leger von Tiefseeabteiler eine große Erhebung, das sogenannte „Telegraph plateau“, in der Richtung von Großbritannien nach Neufundland, gefunden worden. Trotz alledem begegnet man beim Legen eines Unterseekabels mannigfachen und seltsamen Hindernissen. Erdbeben, die sich auf dem Meeresgrunde vollziehen, verursachen Veränderungen des Bodens und führen bisweilen ein Brechen der Kabel herbei. Eisberg, Wal-fische und Schwertfische rufen manchen Schaden hervor, so daß die Ausbesserungsschiffe viel zu tun haben. Ein Heer von Parasiten, das jedes Aquarium überfallen würde, lebt in und an vielen Tiefseeabteiler, die über eine große Entfernung gelegt sind. Wenn der Dregg-Unter ein gebrochene Kabelende heraufbringt, dann hebt er zugleich einen wahren Urwald von Seegrass bisweilen heraus, in dem sich ein wimmliches Tierleben entfaltet. Krabben, in allen Farben spielend, Schwämme und Korallen, Fische und andere seltsame Meerestiere haben sich an dem Kabel festgesetzt und es beschädigt. In den warmen Meeren sind es besonders zwei kleine Tiere, der Knopphagen, ein Muschel-fisch, und ein winziger Wurm, namens Almeria tenebrans, die Wäcker in die Kabel bohren und den Kabel-Gesellschaften viele Hunderttausende kosten. Erst in neuester Zeit hat man Mittel gefunden, um die Kabel so sicher einzubetten, daß sie den Bemühungen dieser eifrigen Bohrer spotten.

Die Paganini-Operette. Die opernhaft aufgemachte Operette Paganini von Lehár, die den weltberühmten und abenteuerlichen italienischen Violinisten in den Mittelpunkt einer jährlingsigen Operettenhandlung stellt, die gar nicht vorwärts kommen will und im dritten Akte weder leben noch sterben kann, wurde im Leipziger Operettenhaus mit jenen beiden Gärten aufgeführt, die das Werk schon an vielen Orten zum Siege geführt haben. Richard Tauber und Vera Schwarz, beide begabt mit außerordentlich schönen stimmlichen Mitteln, für die es dank sorgsamster Ausbildung und Pflege keine Schwächen, keine schwachen Seiten gibt. Beide Sänger spielen gewissermaßen mit ihren Stimmen, deren Höhe und Tiefe, Kopf- und Brustresonanz sie völlig und gleichmäßig beherrschen, deren Töne sie mühelos an- und abschwellen oder in köstlichen langen Fermaten rein und strahlend sich ausschwingen lassen können. An Erfindung schwächer als in früheren Jahren, besticht Lehárs Musik doch das große Publikum durch ihren schwachen Charakter und durch das blühende, glänzende Kolorit ihrer Instrumentation; Lehárs Chorgesang besteht ja auch immer wieder darin, der Oper nahezu kommen, seiner unglücklichen Liebe, der er sich schon in seinem allerersten Werk, der in Leipzig einst (1906) zur Uraufführung gekommenen „Kuluosa“, verschrieben hatte.

Taubers Paganini war nicht nur Interpret der Lehárschen Musik; er war auch, was die Librettisten (Knepler und Imbach)

verlangen, eleganter Wandlerer und verwegener Liebesheld. Vera Schwarz; fein und glaubhaft als verlebte Fürstin, unwahrscheinlich als Strahlenlängerin des letzten Aktes. Für den Humor der Operette waren Otto Glaser (Pimpinelli) und A. Kaproth (Impresario) am Platze; C. Hammes (Fürstgemahl) und Leontine Köhler (Prima-donna) wirkten zu wenig repräsentativ. Sehr lebendig waren die Volks- und Chorjungen des ersten und dritten Aktes (Spielleitung: Roland Müller) herausgearbeitet, wohngegen das tänzerische nach Erfindung und Ausführung nicht durchaus besriedigte. Mario Großkopf erwarb sich Verdienst um die musikalische Wiedergabe dieses für Leipzig neuen Lehárs, und das Orchester spielte außerordentlich hingebend, der ungenannte Geigenist im zweiten Akt sei besonders bedankt. — Einige italienische Besessenen und Ritardandi mögen auf Kosten der Premierenauferregtheit kommen. Unzerstört aber sind 45-Pausen von 40 (vierzig) Minuten Länge. Das ist Prolog! Curt M. Franke.

Varieté Battenberg bringt im September einen überwiegend aus musikalischen und gesanglichen Darbietungen zusammengefügten Spielplan, unter denen Otto Reuters Humoresken am amüsantesten sind. — Der Illusionist Sy Guffro zaubert eine Menge papierner Herzlichkeiten irgendwoher und zeigt gleichzeitig, wie's gemacht wird. — Emil Stein tritt als tanzenbesessener Anführer, Karl Groß als Feuerwehrohnst auf. — Den Schluß des Programms bildet eine Burleske „Wer hat das Kind gemopft?“ B. V.

Die Gewandhauskonzert-Direktion wird auf Wunsch des Rates, im Anschluß an die Anrechtsaufhebung für 20 Konzerte, noch 2 Konzerte außer Anrecht veranlassen. Die Eintrittspreise für diese Konzerte sind auf die Hälfte der Anrechtspreise ermäßigt. Das erste dieser Konzerte wird Anfang Februar, das andere im April des nächsten Jahres stattfinden; in diesem wird die Sinfonie von Beethoven gespielt werden. — Die Gewandhauskonzert-Direktion wird rechtzeitig zur Kartenbestellung für die beiden Konzerte auffordern.

Theaternotiz. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, schied der Oberregisseur Thilo Schmidt am 15. September nach 15jähriger Tätigkeit am Battenberg-Theater aus dem Verbands dieser Bühne aus.

Das Lied von der Barke.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Filmzensurstelle hat wiederum einen Film verboten — selbstverständlich einen russischen. Seitdem diese ehrenwerte Institution so mit „Panzerkreuzer Potemkin“ reingeflogen war und sich eine scharfe Rüge von Jugenberg geholt hatte, ist sie verständig geworden, und hat sogar aus blindem Eifer die völlig unpolitische „Bärenhochzeit“ lange Zeit vor Vorführung nicht zugelassen.

Der jüngste verbotene Film, heißt „Die Wacht des Todes“ wurde im „Klub der Angestellten der Handelsvertretungen der Sowjet-Union zu Berlin“, wohin der allmächtige Arm der Filmzensurstelle nicht gelangen konnte, vorgeführt. „Die Wacht des Todes“ ist eine schlichte Geschichte des Martyrers der roten Matrosen in der Weichen Flotte während des Bürgerkrieges in Rußland, die von den Weichgardisten verfaßt und „auf die Barke gebracht“ wurden. — „Auf die Barke“ war das Schicksal der gefangenen russischen Revolutionäre; sie wurden samt Frauen und Kindern auf eine leere Barke gebracht und da ohne jegliche Nahrung gelassen; die Schwächeren starben vor Hunger, die Stärkeren wurden mit einem Stein um den Hals ins Meer geworfen. — Dieser Film sollte eigentlich besser „Das Lied von der Barke“ heißen, denn die besten, ergreifendsten Szenen spielen auf der Barke und man wird sie lange Zeit nicht vergessen können — diese verhungerten, für ihre Ueberzeugung sterbenden Arbeiter und Arbeiterfrauen.

Der Inhalt des Filmes läßt sich ebenso wenig wiedergeben wie der des „Potemkin“. . . . Die Hauptrolle bildet der Tod des Matrosenführers Sotkow; im Inneren der Barke laßt und scherzt er, ermuntert die Todgeweihten, spielt mit ihnen Dame; aufs Meer gerufen, um hingerichtet zu werden, wirft er den Henker über Bord und schlägt dem Offizier ins Gesicht. — Die Soldaten feuern — Sotkow lächelt — das Blut strömt ihm aus Nase und Mund — noch ein Schuß — Sotkow ist tot! . . . Erschütternd wirken die Szenen des Todes eines Säuglings, der Hinrichtungen der gefangenen Revolutionäre, deren Abschiedsreden von den Kameraden, voll Leben und Spannung die Schlägerer zwischen zwei Matrosen.

Inhaltlich ist die Wacht des Todes etwas schwächer als „Potemkin“, aber die Darstellung, die Regie und die Szenen auf der Barke stehen durchaus auf hohem künstlerischem Niveau. Der ganze Film wirkt wie eine Ballade, wie ein Lied vom Martyrium und Tod der russischen Revolutionäre, von einem Proletarier für andere geschrieben.

Doch leider wird kein Proletarier in Deutschland dieses Meisterwerk bewundern können. Dafür hat schon die hohe Barke für Autorität, Moral und Sitte, gann Reichsfilmprüfstelle, Sorge getragen. Möge doch das deutsche Proletariat endlich dafür Sorge tragen, daß die Filmzensurstelle für immer aufhöre, eine Klasseninstitution der deutschen Bourgeoisie zu sein. E. M.

Filmschau.

Douglas Fairbanks rückt uns — die Zeichen des Zorro verteilend — in der kuriosen Doppelrolle des kalifornischen Volkskämpfers und Vollblut-Kavalierbanditen Zorro und des edelmännischen „Wasschlappens“ Don Diego mit einem Feuerwerk dramatischer und humoristischer Effekte zu, dem wir unbedingt erliegen müssen. So viel blendende Artigkeit vom Salto mortale bis zum Gebrauch des Kapiers in so wenigen Atemzügen — wer kann da unbewegt bleiben! (Victoria.)

Wenn man's mit der historischen Treue nicht so genau nimmt, kann man auch dem Gesicht des französischen Hofes unter Ludwig XV. mehr Bestechendes einprägen, als es gezeigt hat, und wenn man weiterhin einem umschwärmten Filmschauspieler (Valentino), der außer seiner männlichen Schönheit auch über eine annütige Durchschnittsbegehung verfügt, Gelegenheit zu glänzen geben will, so erscheint eben der glatte und lasterhafte Hötling Philipp von Orleans „abeliger“ ausgestattet, als er es verdient. Aber warum nicht, wenn am Ende die „reine Liebe“ triumphieren darf! Monsieur Beaucaire das lakaische Inkognito des blaublittigen Orleans — in Bild und Text klug pointiert — ist als historisches Zeugnis mit Vorbehalt zu genießen, als Spielstück blaublittiger Intrigen und Amouren jedoch ein Meisterstück. (Königsparadise.)

Wie mit einiger Anstrengung vom religiös abgehäuteten Thema Eiser sucht noch neue Variationen erpreßt werden können, lehrt Der Leidgardist, nach der Komödie Molnars verfilmt. Die Leidenschaft (à la Bubapest) eines Schauspieler-Ehepaars schreiten da zwar nicht auf dem Rotzahn, sondern in Dorndorfschühen, in Kombination und Pnjama usw. einher, aber mit den Augen gerollt und mit den Armen gewirgt wird, daß es eine Lust ist. Und am Ende darf man sich wirklich sagen: „Ein großer Aufwand ward umsonst vertan.“ (Unterlum.)

Wieder ein Wundergestalt und ein Wunderreiter! Der nächste liess Kämpfer, eine Wildwest-Episode, in der ein verkappter Farmer Sohn zu eigenem Ruh und Fortommen den rührenden Arm der Gerechtigkeit spielt, packt und erheitert zugleich anspruchsvolle Gemüter. — Reizvolle Wabebilder von der „schwedischen Riviera“ im Beiprogramm. (Kasino.) M.

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 7. September.

Wenn's ein Lehrer wäre!

Vor dem Leipziger Schöffengericht fand die Berufungsverhandlung gegen den Pfarrer Hofstein aus Zwickau statt...

Gewiß ein schöner Seeliger! Ob er nun auch nach dem Freispruch, trotzdem seine Schuld nach Ansicht des Gerichts feststeht...

Wir verstehen den Gerichtsbeschluss, der ganz gewiß bei der Feststellung von der Schuld des Angeklagten durchs Gericht...

Das wichtigste aber, was wir dazu sagen, ist das: Man hört in der sonst von Sittlichkeit und Moral triefenden „gutgearteten“ Presse kaum etwas von diesem Fall Hofstein...

Ja, wenn's ein Lehrer gewesen wäre! Dann würde in all den Hunderten von großen und kleinen gutchristlich und gut-nationalen Blättern und Blättchen im Land ein wildes Geschrei anheben über die sittenlose Lehrerschaft...

Und was die Hauptsache ist, natürlich um — der gottlosen Lehrerschaft eins auszuweisen. Hier — schweigt man aus dem gleichen Grunde um der Sittlichkeit willen, wo es doch angebracht wäre, zu reden.

Das alle Jesuswort bleibt auch hier wieder wahr: Weh euch, die ihr Mäulen seihet und Kamel verfrucht!

Das alle Jesuswort bleibt auch hier wieder wahr: Weh euch, die ihr Mäulen seihet und Kamel verfrucht!

Städtetag, Finanzreform und Erwerbslosenproblem.

Am 17. und 18. September teilt in Stettin der Deutsche Städtetag zusammen. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Müller, wird über die Finanzreform sprechen...

Der Tauch'sche.

Eine seltsame alte Leipziger Sitte, über die sich der Fremde nicht genug wundern kann, ist der Tauch'sche Jahrmarsch, kurzweg genannt der „Tauch'sche“.

Woher aber stammt die seltsame Sitte, den Tauch'schen Jahrmarsch in Leipzig zu feiern? Sie liegt viel näher, als mancher wohl glaubt.

Tauscha hatte seit alter Zeit drei Märkte. Im 17. Jahrhundert wurden sie Sonntags abgehalten. Der erste fiel auf den Sonntag nach Gregor (Gregor = 12. März), der zweite auf den Trinitatis-Sonntag, der dritte auf den Sonntag nach Maria Geburt (Maria Geburt = 8. September).

Im Jahre 1699 verlegte der Leipziger Rat alle drei Märkte vom Sonntag auf die folgenden Montage, und dabei ist es denn im Wesentlichen geblieben.

Die Jahrmärkte zu Tauscha waren nur noch in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts — ähnlich den Hofmärkten zu Altenburg und Schleiz — für die Leipziger eine willkommenere Vergnügungsgelgenheit.

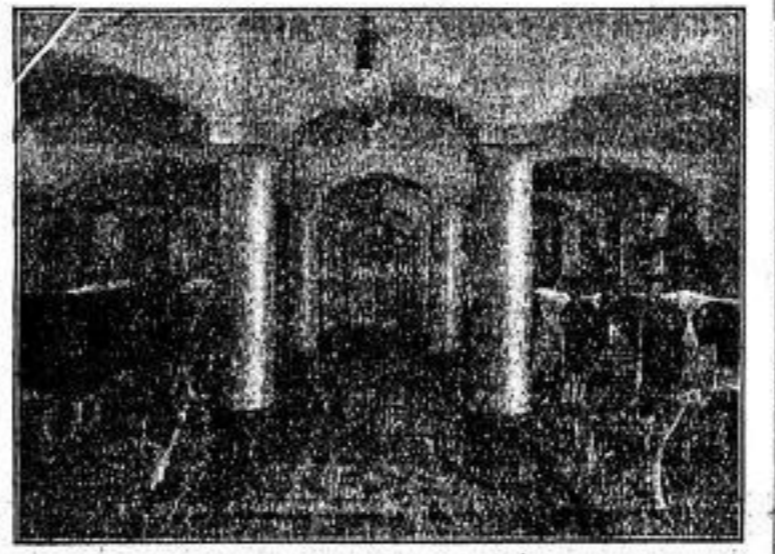
Schumann schreibt 1824 in seinem „Staats-, Post- und Zeitungslexikon“ von Sachsen: „Diese drei Märkte, welche stark besucht, auch um des Vergnügens willen von den gemeinen Personen Leipzigs“.

Bei diesen Besuchen des Tauch'schen Marktes mag es auch an allerhand Grobkeurei der Leipziger gegenüber den Bewohnern des kleinen Landstädtchens nicht gefehlt haben.

Sanitäre Milchversorgung.

Die Milch enthält sämtliche Nährstoffe, die wir zum Aufbau unseres Organismus brauchen, wie Fett, Eiweiß, Kohlehydrate, Nährsalze, Vitamine. Es ist daher selbstverständlich, daß ein derartig ideales Nahrungsmittel nicht nur unverfälscht, sondern ebenso hygienisch-einwandfrei sein muß...

So einfach uns nun die sonstige Stallkonstruktion erscheint, so hygienisch und rationell ist sie. Das Stroh ist verschwunden; auf den Dielen werden Korkmatten aufgelegt, die mit Sägespänen beschichtet sind.

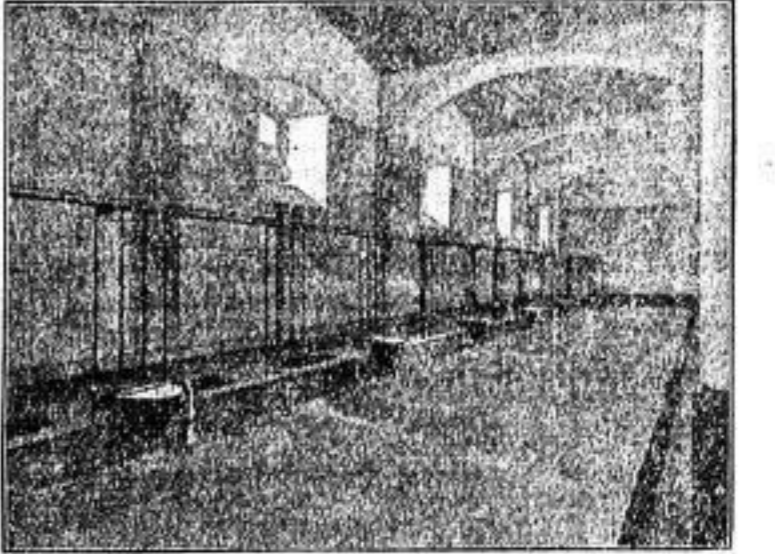


Ein vorbildlicher Rinderstall.

eigenen Räumen und auch bei der Milchentnahme im Melkprozeß werden die äußersten Rücksichten in bezug auf Sauberkeit gewahrt.

Aber trotz der Eigenstallungen der zentralen Milchversorgungsanstalten wird immer noch Milch von außerhalb in Sammelwaggons zugeführt, um den Riesentonnsum der Großstädte decken zu können.

dig in Bewegung gehalten. Sogenannte Hollenberische Schaumdämpfende Milchbeförderer leiten dann die Milch schließlich auf große, mit Kaltwasser und Sole gespeiste Riechlektrierer, von denen sie dann wieder in riesige, bedeckte und verzinnte Kupferwannen fließt...

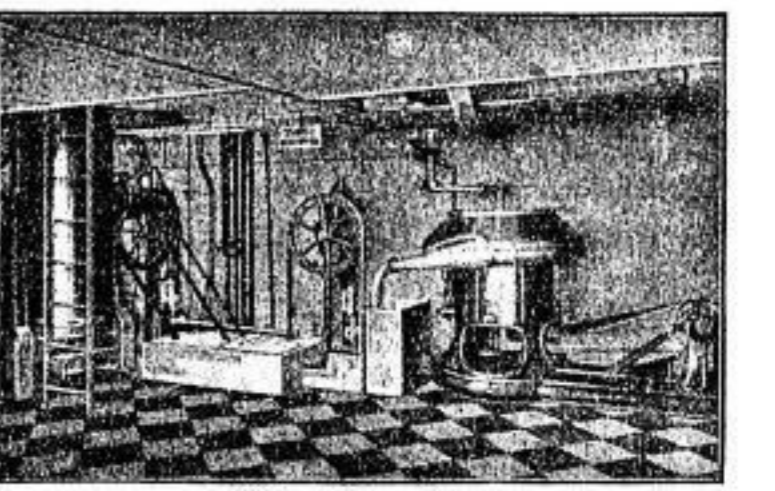


Futtertruppen und Tränken im modernen Rinderstall.

Durchmischen zu homogenisieren und das ursprünglich oben schwimmende Milchfett, den aufgesetzten Rahm gleichmäßig zu verteilen. Von hier aus erfolgt das Einmessen in die bereitstehenden Flaschen und Kannen, die entsprechend verschlossen und plombiert werden.

Die schon erwähnte Verarbeitungsmilch wird sofort nach ihrer Trennung von der reinen Frischmilch einem Entrahmungsprozeß in den bekannten Separatoren unterzogen.

Die in kommunalen und genossenschaftlichen Milchwirtschaftsbetrieben durch Reinigung und Kühlung vorbereitete und aus behördlich kontrollierten Ställen hygienisch-einwandfrei beschaffene Milch wird als sogenannte Vorzugsmilch (Kindermilch) nur noch in Flaschen abgegeben.



Milchzentrifugen-Anlage.

nigung der mit Gummiringen versehenen Patentverschlüsse namentlich in der heißeren Jahreszeit oft sehr leicht eintritt. Zur Aufrechterhaltung des Betriebes einer modernen Milchversorgungsanstalt dient eine umfassende Kraftanlage von Dampfmaschinen, Motoren und Eiskompressoren.

werliche Unfälle, an diesem Tage auf den Straßen, Plätzen, Höfen und Balkonen Feuerwerk abzubrennen, hat bisher stets Unglücksfälle zur Folge gehabt, auch dadurch, daß die Kinder Panlaten und Knäppl mitführen, die sie als Waffen benutzen.

Die kommunistischen Sammlungen.

Vor einiger Zeit wurde in der L.B. die Arbeiterschaft mit Recht gewarnt vor Sammlungen der kommunistischen Partei zum Zwecke der Finanzierung ihrer Ruheabdelegationen.

angegebenen Zweck Verwendung finden. Die Berechnung zu diesem Zweck geben die Kommunisten selbst mit einem Flugblatt, das als Verteilungsblatt Nr. 4 der Roten Hilfe des Bezirks Westsachsen herausgegeben wurde.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes categories like Unterstützung, Propaganda, Gehälter, etc.

Also um von den im Mai eingegangenen 3575 Mk. 2144 Mk. zu verteilen, wovon allein 1503 Mk. eine einmalige Zahlung ist, werden 795 Mark gebraucht, und im Juni bei 3653 Mk. Eingang und 2244 Mk. Verteilung 767 Mk. Man sehe sich nur die einzelnen Verwaltungsvergabenposten an und vergleiche damit die verteilten Beträge...

Wo ruft die Pflicht?

Bezirksvorstand.

Heute Dienstag, abends 7 Uhr, im Zimmer 8 des Volkshauses wichtige Sitzung.

Funktionäre.

Heute Dienstag ist keine Versammlung im Volkshaus.

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Gemeindebeamten.

Im Anschluß an die heute abend im Volkshaus stattfindende Versammlung der Beamtengruppe wichtige Sitzung. Die Mitglieder des Vorstands werden bestimmt erwartet.

Frauen.

Kursus für die Frauenabend-Leiterinnen Donnerstag, den 9. September, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1.

Schönefeld, Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, im Mariannenhof, Steintor Str. 89, Vortrag des Genossen Alfred Moritz über: Das Winderwertigkeitsgefühl der Frau.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Helferversammlung, Freitag, den 10. September, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8. Tagesordnung: 1. Sommerwende bei den Kinderfreunden. 2. Eine Kasselei (Ehre und Papier mitbringen). 3. Fortsetzung unserer Arbeit (Psychologie).

Offizielles, Mittwoch, den 8. September, abends 8 Uhr, in der Bibliothek (Elisabethstraße) Helferzusammenkunft (Berber-Schrift mit abredmen).

Osten I und II, Helfer und Kassierer, Mittwoch, abends 7/8 Uhr, Sitzung in der Bibliothek. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Pegau, Mittwoch, den 8. September, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

Abteilung I, Mittwoch, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Donnerstag, den 9. September, Kameradschafts-Tage und Gruppenführer-Sitzung, 8 Uhr, Volkshaus, Zimmer 8.

Mitglieder-Berichtungen

Willy-Heinberg, Mittwoch, den 8. September, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Grünen Aue. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Georg Fuchs über: Die Arbeitslosigkeit und das Problem der Arbeiter. 2. Aussprache hierzu. 3. Stellungnahme zur Gemeindeverordnetenwahl. 4. Verschiedenes. Genossinnen und Genossen, erscheint reiflos in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung.

lassen haben, entspricht das einer Jahresmiete von 2100 Mk. für eine Arbeit, die nach Größe und Umfang von einigen Genossen ehrenamtlich zu Hause erledigt werden könnte. Rechnet man es sich mit den anderen Ausgabenposten.

Es geht sich also hier aus, was schon anderwärts an konkreten Beispielen bewiesen wurde: Die Sammlungen der roten Hilfe dienen mit zur Finanzierung des kommunistischen Parteiapparates.

Ein Vergleich mit den Verwaltungsausgaben der Arbeiterwohlfahrt zeigt, wie ganz anders dort die Dinge liegen. In der Zeit vom 1. September 1925 bis 31. August 1926 wurden 6080,65 Mk. vereinnahmt und verausgabt. Die Ausgaben stellen sich wie folgt:

Für Unterstellungen	83.— Mk.
Für die Entsendung von Kindern nach Groß-Siedlich	5683,39 Mk.
Für ärztliche Untersuchung der Kinder	15.— Mk.
Für Verpflegung der Kinder	55,70 Mk.
Für Zeitschriften	17,50 Mk.
Für Wohlfahrtstourismus	250.— Mk.
Für Porto und Diverses	2,06 Mk.
Summa	6080,65 Mk.

Der Betrag von 5683,39 Mk. für die Entsendung der Kinder geht sich zusammen aus den Aufkosten für Verpflegung von 64 Kindern für je 42 Tage, insgesamt also 2688 Tage, à 2 Mk., gleich einem Betrage von 5376 Mk., sowie den Fahrgeldern einschließlich Verpflegung der Kinder während der Hin- und Rückfahrt. Für Verwaltung wurden lediglich 19,56 Mk. verausgabt, 2,06 Mk. für Porto und 17,50 Mk. für Zeitschriften. Während die vorstehend gedruckte kommunistische Abrechnung nachweist, daß die rote Hilfe in Westfalen an Gehältern für zwei Monate 1483,39 Mk. verausgabte. Auf 100 Mk. berechnet ergibt sich, daß die Arbeiterwohlfahrt bei 100 Mk. Hilfeleistung 32 1/2 % Wg. benötigte, während die rote Hilfe bei je 100 Mk. Hilfeleistung 21,02 Mk. in den Verwaltungsapparat verschüttete. Das mögen sich die Arbeiter, die, um besonders Hilfsbedürftigen einige Erleichterungen zu bringen, von ihren mühselig erarbeiteten großen Ersparnissen den von der Arbeiterwohlfahrt geschaffenen Wohlfahrts-Einrichtungen Zuwendungen machen, stets klar vor Augen halten. Rubert.

Die „untragbare“ Grundsteuer.

Das Stadtsteueramt weist in einer Zuschrift an die L. N. N. nach, daß die von dem Verband der Hausbesitzervereine Leipzig aufgestellte Behauptung, der Zuschlag von 150 Prozent zur Grundsteuer brächte dem Hausbesitz eine untragbare Belastung, nicht den Tatsachen entspricht. Die Grundsteuerbelastung übersteigt nicht die der Friedenszeit, beträgt 2,1 bis 2,8 Prozent der Friedensmiete und kann gedeckt werden aus den 15 Prozent Betriebskosten, die den Hauswirten zur Verfügung stehen. Das Stadtsteueramt stützt sich in seiner Beweisführung auf amtliche Unterlagen, die es der Regierung eingereicht hat und die sicherlich einwandfrei und zuverlässiger sind, als die Zahlenangaben des Verbandes der Hausbesitzer. Zu der errechneten Grundsteuerbelastung in Höhe von 2,1 bis 2,8 Prozent wird vom Stadtsteueramt folgendes bemerkt:

„Das Wohnungsamt hat den Durchschnitt der Betriebskosten aus der Gesamtzahl der Leipziger Hausgrundstücke nach dem Stande von Ende Juli 1926 auf 12,24 Prozent und mit der geplanten Schenkungsgebühr (0,3 Prozent) und der Feuerwehrtaxi (0,68 Prozent) auf 13,2 Prozent der Friedensmiete berechnet. In diesem Betrage sind bereits 1,43 Prozent für die bisherige Grundsteuer enthalten. Der neuen Berechnung der Betriebskosten sind zum Teil andere Häuser zugrunde gelegt worden als bisher, und zwar, um ein möglichst genaues Ergebnis zu erzielen. Die Auswahl der Beispielshäuser ist jetzt so getroffen, daß das Verhältnis der Klein-, Mittel- und Großwohnungen gewahrt bleibt. Bei den hier hauptsächlich in Betracht kommenden Mietwohngrundstücken, die die weitaus größte Zahl der Leipziger Häuser darstellen, beläuft sich nun — und zwar selbst bei Annahme eines Gemeindeforschlags

von 150 Prozent — die neue Grundsteuerbelastung auf 2,1 bis 2,8 Prozent. In Sonderfällen, also bei Einfamilienhäusern besserer Art, Villen und bei Geschäftshäusern ist sie höher. Bei der großen Masse der Leipziger Wohngrundstücke hält sich also die Belastung in den Grenzen der hierfür zur Verfügung stehenden 15 Prozent Betriebskosten. Dabei ist außerdem zu berücksichtigen, daß in den gewählten Beispielen die Einheitswerte nach den höchsten Sätzen der einschlägigen Landesfinanzamtsbekanntmachung eingesetzt sind, und diese Sätze dürfen vor allem bei Grundstücken in schlechtem baulichen Zustande, bei besonders ungünstiger Lage und ähnlichen wertmindernden Umständen ganz erheblich herabgesetzt werden, so daß sich die Grundsteuer hier noch weiter vermindert.“

In der Berechnung des Verbandes der Hausbesitzer ist der Zuschlag zur Grundsteuer in Höhe von 150 Prozent auf ein ganzes Jahr angewandt, was natürlich zu einem höheren Steuerfuß führt, als wie er vom Stadtsteueramt berechnet worden ist. Der 150-Prozent-Zuschlag darf aber nur auf ein halbes Jahr, und zwar vom 1. Oktober 1926 bis 31. März 1927 eingestellt werden, da nach dem ersten Halbjahr nach den bisherigen Bestimmungen mit 1,43 Prozent der Friedensmiete und für das zweite Halbjahr — selbst bei Annahme des zitierten höchsten Prozentsatzes, der sich nur bei den verhältnismäßig wenigen Wohngrundstücken mit großen Wohnungen ergibt — mit 3,75 Prozent. Das ergibt im Durchschnitt für das ganze Rechnungsjahr 1926 nur 2,58 Prozent, und dieser Satz hält sich völlig innerhalb der vom Stadtsteueramt errechneten 2,1 bis 2,8 Prozent der Friedensmiete. Bei Kleinwohnungsgrundstücken, die weitaus die Mehrzahl darstellen, stellt sich der Prozentsatz der Belastung noch niedriger als 2,58 Prozent.

Wenn also 150 Prozent Zuschlag zur Grundsteuer erhoben wird, zahlen die Hausbesitzer einen Steuerbetrag, der für sie keine neue Belastung bringt, sondern den sie aus den Betriebskosten bestreiten können. Danach ist das Schreiten des Verbandes der Hausbesitzer über angeblich unerträgliche Grundsteuerbelastung zu bewerten.

Eine Folge der unzureichenden Beamtenbesoldung.

In der Neuen Leipziger Zeitung vom 31. August ist folgendes Inserat zu finden:

Zuverläßig, Unterbeamter f. auf einige Zeit von abends 6 bis 11 Uhr (Sonnt. ganz) tl. Nebenverdienst. Gef. Off. u. Pl. 930 an die Filiale d. W., Peterssteinweg 10.

Das Inserat ist eine Klage gegen den Staat, der seine Unterbeamten so erbärmlich besoldet, daß sie in einer Zeit, wo rund zwei Millionen Erwerbslose in Deutschland vorhanden sind, in die Veruchung kommen, nach ihren Dienststunden durch Nebenverdienst ihr kärgliches Einkommen etwas aufzubessern. Sie entschließen dadurch manchen Erwerbslosen, der wochen- oder monatelang nach Arbeit Ausschau hält, eine sich etwa bietende Beschäftigungsmöglichkeit. Das würde nicht sein, wenn die Regierung, die so viel von Kostensparmaßnahmen redet, für ausreichende Besoldung der Unterbeamten sorgte. Keinem würde es dann einfallen, nach neunstündiger Dienstzeit noch weiter freiwillig zu treten.

Können Pilze als Volksernährungsmittel gelten?

Die Frage nach dem Nährwert der Pilze ist noch unentschieden. Die einen betonen den hohen Stickstoffgehalt der Pilze, der beispielsweise einem Eiweißgehalt von 42 v. H. der Trockensubstanz beim Champignon, von 37 v. H. beim Steinpilz, von 40 v. H. beim Eierschwamm entsprechen soll, andere hingegen weisen auf die schwere Verdaulichkeit dieser Eiweißstoffe hin. Sollten es demnach nur die Reis- und Getreidemittel sein, die die Pilze zu einem beliebigen Volksernährungsmittel gemacht haben? Der japanische Forscher Saboro hat in Tokio nun kürzlich auf eine andere, bisher ganz übersehene Möglichkeit aufmerksam, nämlich auf einen etwaigen Gehalt an sogenannten „Vitaminen“, jenen Ergänzungsmitteln, deren Fehlen in der Nahrung zu schweren Krankheitserscheinungen führt. Tatsächlich konnte er durch sorgfältige Gärungsversuche bei Mäusen und Meeresschwämmen feststellen, daß z. B. Stetapilze und Champignons als Nahrungsmittel den besten Hefepräparaten und dem Brote hinsichtlich ihres Gehaltes an den so lebensnotwendigen Vitaminen durchaus gleichwertig sind.

Su den Fleischvergiftungen.

Zu den Fleischvergiftungen der letzten Zeit wird uns von der Fleischreinigung geschrieben:

Charakteristisch ist, daß solche Fälle in der Hauptsache in der sogenannten Hitzezeit liegen. Deshalb besteht die starke Vermutung, daß bei vorwiegend vorkommenden Krankheitsfällen auf der Basis von Durchfällen usw. andre Zusammenhänge bestehen, obwohl die Krankheitserscheinungen mit dem Verlauf von Vergiftungsfällen zunächst manches gemeinsam haben. Fest steht, daß in der sogenannten Hitze- und Gurrenzeit der Mensch mit der Wahl der Nahrungsmittel oft nicht die notwendige Sorgfalt walten läßt, wie sonst. Es wird deshalb häufig viel durcheinandergeworfen. Dem zur Lösung des Durstes mit Obst vollgestopften Magen (in vielen Fällen ist daselbe noch nicht völlig reif) wird dann in der regelmäßigen Mahlzeit noch Fleisch und Wurst zugeführt und in der Annahme, daß dann nichts mehr passieren könne, werden noch Wasser- und andre Getränke genossen. Treten durch solches Verhalten dann die bekannten Krankheitserscheinungen ein, so wird fälschlicherweise auf das letzte Fleischgericht Bezug genommen und der Fleischvergiftungsfall ist fertig.

Tatsächlich ist die Möglichkeit von Fleischvergiftungen unter heutigen Verhältnissen so gering, daß wirklich Fälle außerordentlich selten sind. Die hygienischen und sanitären Verhältnisse in den Fleischereien sind derart fortgeschritten und einwandfrei, daß für die Verbraucher in dieser Hinsicht so gut wie eine volle Gewähr besteht. Die von der städtischen Gesundheitspolizei jährlich mehrere Male in den Fleischereien vorgenommenen Betriebsrevisionen finden fast ausschließlich unermutet statt. Ueber Tag und Zeitpunkt solcher Kontrollen ist dem einzelnen Fleischer nichts bekannt. In seinem eigenen Interesse wird der Fleischer heute unablässig bemüht bleiben, vollste Sauberkeit in seinem Betriebe walten zu lassen. Er würde sich bei seinem Personal sonst einer Kritik aussetzen, die ihm und seiner Existenz recht gefährlich werden würde. Für die Behandlung und Aufbewahrung des auf dem städtischen Schlachthofe untersuchten Fleisches stehen in allen Fleischereien vorzuziehenswerte Kühlräume und teilweise sogar moderne eigene Kühlanlagen in hygienisch vollkommenster Weise zur Verfügung, so daß Fälle von Fleischverderbnis gar nicht vorkommen können. Da die

Fleisch- und Wurstwaren unter heutigen Verhältnissen meist 1/2 und 1/4 Pfundweise zum Verkauf gelangen, öfter sogar in noch kleineren Mengen, mühten doch unvermeidlich viel mehr Extraktionsfälle vorzukommen. Daß es sich aber immer nur um eine geringe Anzahl von Fällen handelt, beweist doch einwandfrei, daß andre Ursachen solchen Erkrankungsfällen zugrunde zu liegen sind. Sonst mühten ja auch die zahlreichen Angehörigen und Beschäftigten der Fleischereibetriebe von sogenannten Vergiftungen betroffen werden, die regelmäßig die herzustellenden Fleisch- und Wurstwaren kosten und essen müssen. Nichts von alledem ist aber der Fall. Dies wird bestätigt durch die in der Tagespresse vom 3. September 1926 seitens des Wohlfahrtspolizeiamtes zur Veröffentlichung gebrachte Mitteilung, daß es sich bei den mehr erwähnten letzten Krankheitsfällen nachgewiesenermaßen doch nicht um Fleischvergiftungen handelt, wie auf Grund bakteriologischer Untersuchungen ermittelt wurde. Bedauerlich bleibt nur, daß durch solche Einzelfälle jedesmal eine Beunruhigung des Publikums eintritt, die zu nicht unbeträchtlichen Schädigungen der in Frage kommenden Geschäftsinhaber führt.

Für das Publikum muß nach wie vor die Hauptsache bleiben, eine sorgfältige Behandlung der zumal in den Sommermonaten eingelauften Fleisch- und Wurstwaren in der eigenen Behausung. Die Waren müssen sofort aus dem Einschlagpapier entnommen und einwandfrei und gleichfalls im höchsten Maße sauber aufbewahrt werden. Sie dürfen auch nicht mit andern Nahrungsmitteln, wie etwa mit Kartoffeln oder unangewaschenem Gemüse und dergleichen weder beim Einholen im Handkorb, noch in der Behausung in Berührung kommen. Niemand sollte übrigens in der warmen Jahreszeit überhaupt größere Mengen von Nahrungsmitteln einkaufen, als er für den sofortigen, bzw. Tagesverzehr braucht. Dann werden auch die Fälle von den sogenannten Fleischvergiftungen sofort verstimmen.

Wir wünschen, daß die in der Aufschrift geschilderten hygienischen und sanitären Einrichtungen bei allen Fleischermellern zu finden wären, was aber nicht immer der Fall ist. Es hat schon manchmal berechtigter Kritik gewürdigt werden müssen. Im übrigen bede man seinen Fleischwarenbedarf in den Verkaufsstellen des Konsumvereins, wo eine einwandfreie hygienische und sachgemäße Behandlung des Fleisches gewährleistet ist. Wer noch nicht Mitglied des Konsumvereins ist, erwerbe die Mitgliedschaft.

Straßenperrungen. Seit Montag, den 6. September, sind die Wintergartenstraße und die Schützenstraße zwischen Hahnelamm und Tauchaer Straße, und die Tauchaer Straße zwischen der Wintergartenstraße und der Mittelstraße während der Dauer der Gleisauwechslungsarbeiten, etwa 10 Tage, für den Fahrverkehr in beiden Richtungen gesperrt. Der Straßenbahnverkehr wird aufrechterhalten. — Vom gleichen Tage ab sind die Luppenstraße und die Frankfurter Straße in Lindenau zwischen der Angerbrücke und der Dreißigdenstraße während des etwa 10 Wochen dauernden Umbaus der Gasthofgebäude für den durchgehenden Fahrverkehr in beiden Richtungen gesperrt. — Ab Mittwoch, den 8. September, werden die Plagwitz Straße, zwischen der Davidstraße und der Marschnerstraße, für den durchgehenden Fahrverkehr in der Richtung von Südwest nach Nordost, und die Marschnerstraße, zwischen der Sebastian-Bach-Straße und der Plagwitz Straße, für den durchgehenden Fahrverkehr in beiden Richtungen, während der etwa 10 Tage dauernden vorzunehmenden Bauarbeiten gesperrt. Der Straßenbahnverkehr wird aufrechterhalten.

Einigen billigen Verwaltungs-Sonderzug nach dem Rheinlande und der Geselet vom 11. bis 17. September führt das Eisenbahnverkehrsamt Leipzig, Rochstraße 1 von Leipzig Hauptbahnhof ab 10.45 Uhr abends mit Halt in Schkeuditz, Halle/Saale, Teutschenthal, Obergöttingen, Eisleben, Sangerhausen und Nordhausen. Besuch von Frankfurt/Main, Wiesbaden, Mainz (dort großes Rheinstadion, kostenlos). — Am 13. September, nachmittags, Rheindampferfahrt von Mainz bis Koblenz, von Koblenz aus Besichtigung des Rheserwald-Denkmal. Am 14. September Fahrt nach Königswinter (Besuch des Drachenfels) und Köln, dort Aufenthalt bis 18. September früh; weiter nach Düsseldorf und zur Geselet. Rückfahrt ab Düsseldorf am 18. September 1926, 10.55 Uhr abends; Ankunft in Leipzig am 17. September, 9.43 Uhr früh. Fahrpreis 4. Klasse ab Leipzig hin und zurück, einschließlich Dampferfahrt, 28 Mk. Für Besichtigungen, Bergfahrten sind Preisermäßigungen bis zu 75 Prozent erwirkt; auf Wunsch wird für preiswerte Unterkunft gesorgt. Die Gesamtkosten für Fahrt, Unterkunft, Verpflegung und Personalausweis mit Lichtbild wird kostenlos von der Polizeibehörde ausgestellt. Näheres durch amtliche Ausschänge und Führer, die kostenlos bei den Fahrkarten-Ausgabestellen und beim Verkehrsverein, Rathausmarkt, erhältlich sind. Besondere Fahrgastbescheinigung wird empfohlen. Meldebefehl 9. September 1926.

Bewirtschaftung der Auenwälder. Der Rat hat beschloffen, künstlich den Verschlag an alten Eichen auf 10 bis 12 Stück im Jahre und den Holzverkauf im übrigen von vier auf drei Festmeter pro Jahr und Hektar einzuschränken. Die Hochwaldbestände sollen allmählich in Mittelwaldform gebracht, durch größere Begünstigung des Unterholzes Fauna und Flora bereichert, in den Mittelwaldüberwiegungsstadien die Eichen bevorzugt, andere edle Laubbäume nicht vernachlässigt und Versuche angestellt werden, Salmweiden durch Erhaltung der marantesten Bäume sowie durch Strauchwerk- und Bodenstapflege herbeizuführen.

Gewerbesteuer. Am 15. September 1926 ist auf die Gewerbesteuer und gemeindliche Zuschlagsteuer für das Rechnungsjahr 1926 eine Vorauszahlung in Höhe von einem Viertel der Abgabe nach 1 v. H. des bei der Vermögenssteuererhebung 1924 festgestellten Betriebsvermögens zu entrichten. Bei nicht pünktlicher Zahlung entstehen Verzugszuschläge.

Mitarbeit der Leipziger Jugend! Die Ortsgruppe Leipzig des Verbandes für Deutsche Jugendherbergen bittet die Leipziger Jugendgruppen um regelmäßige Einfindung von Helfern zur Donnerstag-Arbeitsgemeinschaft. Kommen den Donnerstagabend muß die neue Zeitung verhandelt werden. Die Helfer wollen bis abends 8 Uhr im Zimmer 4 sich einfinden.

Wirtschaftsschule Leipzig. Vom Volksbildungsamt wird mitgeteilt: Mittwoch, 8. September, abends 8 Uhr, findet in der Wirtschaftsschule (Zeiger Straße 28, Eingang durch die Bücherhallen) ein Vortrag des Professors Emaniell aus Leningrad über „Nationalisierung der Wirtschaft“ statt. Zu dem Vortrag sind auch die Teilnehmer an den Wirtschaftskursen der Volkshochschule hiermit eingeladen.



Knorr Haferflocken

Das Frühstück für Alle die gesund bleiben wollen

Leicht quellend. Milchig süß. Vitamine.

Die Post klagt darüber, daß sehr Fruchtsendungen u. dgl. in großer Zahl als Päckchen eingeliefert werden, deren Inhalt während der Beförderung meist verdirbt, ausläuft und andere Sendungen beschmutzt und beschädigt. Wir machen daher darauf aufmerksam, daß die Verpackung von schnellverderbenden und nässenden Sachen, wie Früchten, Beeren, Butter, Fetten usw. in Päckchen während der heißen Jahreszeit, wenn nach dem Wärmegrad die Gefahr des Auslaufens besteht, unzulässig und im übrigen nur dann zulässig ist, wenn die Verpackung und namentlich die innere Umhüllung zweckentsprechend eingerichtet sind. Sendungen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, sind von der Beförderung ausgeschlossen.

Der öffentliche Arbeitsnachweis Leipzig und Umgebung, der unparteiisch und völlig kostenlos tätig ist, ist werktäglich von 8 bis 3 Uhr unter Fernruf 72 111 zu erreichen.

Fleischverkauf an der Freibank. Morgen Mittwoch, den 8. September, Freibank I: Nr. 3201 bis 4800, Freibank II: 2501 bis 3900. Von 11 Uhr an freier Verkauf.

Polizeinachtichten

Um einen russischen Geldschein betrogen. Ein hier wohnender Russe suchte am Freitagabend in angeratenem Zustande eine Schatzkammer auf, die er nicht mehr beschreiben kann, um weiterzugehen. Da er glaubte, nicht mehr genügend deutsches Geld bei sich zu haben, legte er sich eine russische Geldnote im Werte von 21 Mk. zum Besehen an. Dies hatte ein mit dort anwesender unbekannter Beobachter, der die Situation schweigend zu nutzen machte, indem er sich dem Russen gegenüber als Polizeibeamter ausgab und ihm den Schein abnahm mit dem Bemerkten, daß dieser gefälscht sei. Gleichzeitig beschlagnahmte er noch eine Bescheinigung der Dresdener Bank über die Echtheit der von dieser dem Russen übergebenen Geldscheine und bestellte den Russen nach dem Polizeipräsidium zur Vernehmung. Dort erfuhr der Offizier am anderen Tage, daß er einem Betrüger in die Hände gefallen war. Der Wirt, der Kellner und einige Gäste des fraglichen Lokales, die Zeugen des Vorganges gewesen sein sollen, wolle sich beim Kriminalamt melden.

Verurteilt wird seit dem 4. September der Volkskämpfer Heinz Kuhn, Poststraße 2, IV., bei seinen Eltern wohnhaft. Er ist 11 Jahre alt, etwa 1,20 Meter groß, schwächlich und etwas nervenschwach, hat dunkelbraunes Haar, hellblaue Augen mit auffallend langen braunen Wimpern. Bekleidet ist er mit dunkelgrünem Sportheim, graubraunen Mantelhemden mit hellblauen Holentragern, langen grauen Strümpfen mit weißen Strümpfbändern, schwarzen Schürzhülsen und grüner Schültermütze. Er trug eine Alltagsjacke mit Schutzbüchern bei sich.

Schwerer Motorradunfall. Am Sonnabendnachmittag ist in der Albedstraße eine schwerverletzte Kaufmannsbesitzerin beim Ueberfahren der Straße einem auswärtsigen Motorradfahrer ins Rad gefahren. Beide kamen zu Fall. Die Frau trug nur leichte Hautabschürfungen davon, während sich der Motorradfahrer nicht selbst wieder erheben konnte und über Schmerzen im Unterleibe klagte. Er wurde in das Krankenhaus St. Jakob gebracht.

Ein Kind durch Straßenunfall schwer verletzt. In der Stettiner Straße in Schnefeld wurde am Sonnabendnachmittag in der 8. Stunde ein 7jähriges Mädchen von einem auswärtsigen Personentruckwagen, der übermäßig schnell gefahren sein soll, ungerissen. Das Kind trug Verletzungen am Kopf und an einem Knie und anscheinend eine Gehirnerschütterung davon. Es wurde zunächst zu einem Arzt und dann in die eiserne Wohnung gebracht.

Ein betrügerischer Tapezierer. Unter Schloßung seiner Notlage hat ein unbekannter ein hiesiges Einwohner um Zuweisung von Postkarte gebeten. Er bekam den Auftrag, ein Sofa aufzustellen und sich sich 5 Mk. Vorkauf zur Beschaffung von Zusatzteilen geben. Die Arbeit sollte am anderen Tage in der Wohnung des Sozialgenießers ausgeführt werden. Der Mann hat sich jedoch nicht wieder gesehen lassen. Er hat sich Max Kengel genannt, war dunkel gekleidet, ist etwa 57 Jahre alt, 1,65 Meter groß, unterlegt und hat hageres Gesicht, schwarzen Schnurrbart und am rechten Nasenflügel eine Narbe. Die von ihm angegebene Adresse stimmt nicht. Wer ihn kennt oder auch von ihm geschädigt worden ist, wolle sich bei der Kriminalpolizei melden.

Aus der Umgebung

Gangsch. Ein Kind vom Ertrinken gerettet. Ein vier Jahre altes Mädchen, das in der Nähe des Familienbades ins Wasser gefallen war, wurde von einem Arbeiter gerettet. Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg.

Gytha. Aus der Gemeindevorordnetenversammlung. Die Bau- und Wohnungsverträge zu dem Neubau des Herrn Borchs werden einstimmig genehmigt. Die Sparkassenrechnung für 1926 wird nach Prüfungsbekannt einstimmig richtig gesprochen und der Verwaltung Entlastung erteilt. Das Darlehen von 5000 Mk. für die Gerabedelegung des Borsdorfer Weges will die Ausschussbehörde erst dann dem Bezirksausschuss zur Genehmigung vorschlagen, wenn der Haushaltsplan in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen ist. Es soll versucht werden, ohne Abänderung des Haushaltsplanes die Genehmigung zu erhalten, zumal da Arbeitsmöglichkeit geschaffen wird und die Verzinsung sichergestellt ist. Der Bürgermeister gibt die Abrechnung über Hilfsmaßnahmen zur Lebensmittelverbilligung für Minderbemittelte auf das erste Halbjahr 1926 bekannt. Im letzten Halbjahr seien allein zur Verbilligung des Brotes von ihm 227 Zentner Getreide unmittelbar eingekauft und den hiesigen Bäckern und Konsumvereinen übergeben worden. Dadurch sei es möglich geworden, die Brotpreise um 25-33% Prozent zu senken. Seit etwa 8 Wochen aber habe kein verbilligtes Brot ausgegeben werden können, da es ihm nicht möglich gewesen sei, nach altem Getreide aufzukaufen, während der Ausbruch der neuen Ernte erst in nächster Zeit zu erwarten ist. Er erklärt weiter, daß er schon jetzt Schritte unternommen habe, um durch unmittelbaren Ankauf von Brotgetreide das Brot für kommenden Winter für die Minderbemittelten, vor allem die Erwerbslosen, Klein- und Sozialrentner und sonstige Hilfsbedürftigen um mindestens 25 Prozent zu verbilligen. — Der Wohlfahrtsausschuss hat seiner Verwunderung über die hohen Preise, Brot und anderen Lebensmittelpreise Ausdruck gegeben, vor allem darüber, daß beispielsweise das Brot in den Leipziger Bäckereien und im Konsumverein billiger ist als in den Bäckereien Gythras. Hieran knüpft sich eine eingehende Aussprache, in der auf Grund von Tatsachen unter anderem auch die Annahme festgestellt wird, daß die Lebensmittelpreise „auf dem Lande“ und demnach die Lebenshaltung billiger als in der Großstadt sei. Ein Antrag Dieje zur Brotverbilligung: „Die Bevölkerung aufzufordern, der Genossenschaft, welche Brot billiger liefert, beizutreten,“ wurde mit 6 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen. (Der Gemeinderat kommt diesem Beschluß durch seine Veröffentlichung hiermit nach.) Ein weiterer Antrag Dieje, Schritte zu unternehmen, die Misch wieder in Gemeinderäte zu nehmen, wird mit 7 von 12 Stimmen angenommen. Ein Antrag der Erwerbslosen, für Säuglinge bis zur Vollendung des 1. Lebensjahres pro Tag 1 Liter und für Kinder vom 2.—3. Lebensjahr pro Tag ½ Liter kostenlos zu liefern,

wird auf Vorschlag des Wohlfahrtsausschusses auf sämtliche Bedürftige ausgedehnt. Der Bürgermeister berichtet, daß er diesen Antrag bereits dem Jugend- und Wohlfahrtsamt befürwortend überhandt habe. Von einem Bericht des Bürgermeisters an das Wohlfahrtsamt, in dem er um Beschaffung und Beschaffung der Kartoffelversorgung für Bedürftige erwidert und in dem er praktische Vorschläge gemacht hat, für das kommende Winterhalbjahr, wird Kenntnis genommen. Dem Hauptausschussbeschlusse über die Kleinbau der Schulstraße wird beigetreten. Nach verschiedenen Kennntnahmen wird ein Antrag Dieje angenommen, beim Arbeitsnachweis Protest dagegen zu erheben, daß in manchen Bezirken jugendliche Arbeiterinnen eingestellt werden, während andererseits Männer entlassen worden sind.

Großsch. Insa II. Bei der Aufstellung der Hochspannungsmasten auf den Wiesen zwischen Pegau und Großsch wurde ein Monteur den benötigten Hammer einem 25jährigen Hilfsarbeiter aus Jeiz zuzureichen, rutschte dabei aus und traf den Genannten mitten auf den Kopf. Der Verletzte mußte ins Krankenhaus nach Jeiz gebracht werden.

Rundfunkprogramm

Leipzig.

Mittwoch, den 8. September. Rundfunk (Wirtschaft): 10 Uhr: Wirtschaftsberichte: Holz- und Baumwollpreise, amerik. Metallmeldungen des Vorabends. 2,45 Uhr: Baumwoll-, Landwirtschaft, Berliner Del Noth. 3,25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktensätze amtlich. 6 Uhr: Wirtschaftsberichte: Wiederholung von 2,45 und 3,25 Uhr und die laufenden Produktensätze, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot. 6,30 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft und Mitteilungen des Leipziger Mehanis für Handel und Industrie. Rundfunk (Unterhaltung und Belehrung): 10,05 Uhr: Verkehrsfunf. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterbericht und Voraussage. 12 Uhr: Mittagsschluß auf der Hupfeld-Phonola. 12,55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen. 1,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3-4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts, Berlin (Deutsche Welle). 3 Uhr: Rektor Mann und Studienrat Friebe: Englisch für Anfänger. 3,35 Uhr: Rektor Mann und Studienrat Friebe: Englisch für Fortgeschrittene. 4,30 bis 5,15 und 5,30-6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dazwischen: 5,15 Uhr: Vortrag: „Öst- und Westweibereit im Haushalt“ von E. Brandt, Dortmund. 6,30 bis 6,45 Uhr: Moriekursus. 6,45-7 Uhr: Arbeitsbericht des Sächsischen Landbauamtes für Arbeitsvermittlung. 7-7,30 Uhr: Musiktheater. Ernst Emigelski: Kunstgemeinschaft zwischen Brahms, Clara und Robert Schumann. 7,30 Uhr: Weiterverausgabe. 7,45 Uhr: Abendkonzert. Werke von Clara und Robert Schumann und Johannes Brahms. Mitwirkende: Anna Nibel, Wien (Klavier), Sophie von Swieten (Gesang), Theodor Blumer (Klavier). Kapelle: Fetelets. Anschließend (etwa 9,30 Uhr): Pressebericht und Sportfunk. Anschließend: Funftranger. 10-12 Uhr: Tonmusik. Leitung: Hans Joachim Kengel. Gusto Jazz-Symphoniker. Die Kapelle des modernen Jazz und der alten Wiener Weisen.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte: Heute: Geschmortes Rinderbrust mit Speckkartoffeln 1,25. Morgen: Kibbe mit frischen Pflaumen Schmalzfest. Kesselwurst, Weißfleisch

Zurück
Zahnarzt Dr. Bruchlos
Leipzig-Schleußlig

Volkshaus - Fleischerei

Jeden Tag in Qualität
frische hausgeschlachtene Würst
Verkauf auch über die Straße

Infolge gemeinsamen Einkaufs mit 5 Geschäften enorm billig:
Gardinen — Kunstgardinen
Stores, Madragardinon
Vitragen
Diwan-, Schlaf-, Reise-, Tisch-
und Steppdecken, Sofabezüge
in Wolle und Plüsch, Fries, Felle
Matratzen, Bettlinole
Teppiche mit kleinen Fehlern
Beitvorleger, Läuferstoffe
Engel, Preußergasse 1-5
Ecke Polestraße

AN ALLE

Arbeiterorganisationen,
Turn-, Gesang-, Sport- und
Geselligkeitsvereine



Beltragsmarken
preiswert, gut und schnell
durch

Leipziger Buchdruckerei AG.
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21
Telephon 72206

Stelber-
Kopf-
Pils- u.
Trot-
Wanken
Schwaben
Heimchen
Kisten
Bestellt nur sofort unter Garantie
Edolda „A“ „B“ „C“ „D“ „E“
Engel-Apothete, Markt 12; Tot-
Drogerte, Talstr. 12, Ecke Seeburgstr.

Polich

Die sechzigjährige Wiederkehr des
Tages, an dem die alte Leipziger Firma
August Polich

gegründet wurde, und der damit verbun-
dene billige Jubiläumsverkauf gestatteten
sich zu einer überwältigenden Kundgebung
des Leipziger und auswärtigen Publikums, die
durch einen Massenbesuch unseres Hauses
ihren Ausdruck gefunden hat.

Wir nehmen Veranlassung, für diese
überaus rege Anteilnahme unseren herzlich-
sten Dank auszusprechen und bitten um Ent-
schuldigung, wenn bei dem enormen Andrang
hier und da unsere verehrte Kundschaft nicht
so bedient werden konnte, wie wir dies wün-
schen. Um aber jedem Gelegenheit zu geben,
unseren Jubiläumsverkauf auszunützen, und
sich das Passende in aller Ruhe auszusuchen,
haben wir uns entschlossen, denselben noch bis
einschl. Sonnabend den 11. 9. 1926 aus-
zudehnen.

Wir bitten um recht regen Besuch
August Polich

Stellenangebote

Der Verein f. naturgemäße Gesund-
heitspflege i. B., L.-Kleinzschöcher
sucht zur Bewirtschaftung seines an der
Ringstraße gelegenen Vereinshauses eine
in jeder Hinsicht
tüchtige u. zuverlässige Kraft.
Antritt 1. Oktober d. J.
Bedingungen abends von 7-8 Uhr
im Vereinshaus einsehen.
Bewerbungen sind bis 19. d. M an
den Vorsitzenden H. Kolleper, W 32,
Wachsmuthstraße 8, zu richten.

Geübte Fräser

für Ovalrahmen
finden dauernde lohnende Beschäftigung.*
Kunstanstalt Grosz, A.-G.
L.-Reudnitz, Ellenburger Straße.

Verkäufe
Auf Kredit
Herrenanzüge
mit 10 Mark Einzahlung
Scherbel
Anbahnungstr. 20.

Spezial-Haus
für alle Arten
Kleider
Leipzig
Markt 12

Kaufgesuche
Gold, Silber,
Brillanten, Gebisse
H. Hans Dünkel,
Bromenadenstr. 26.

Diverses
Ihr Anzug *
wird „wie neu“ ge-
reinigt u. gebügelt f.
4,50 Mk. Abhol. u. Sul-
frei. Volksgewand
Reinigung „Unalme“
L. Döllitz, Burchardstr. 5

Prima
Markenräder
1 Jahr Garantie
Conti-Bereifung
Torpedo-Freif.
Allerbill. Preise
Geringe Anzahlung
bequeme Teilzahlg.
Fahrzeug-Vertrieb
Johannisplatz 2
am Hauptbahnhof.

Entlaufen
rote Fedel-Räder,
Rufname „Hans“.
Abzugeben ges. Be-
lohnung b. Wörtern.
Vind. Angerstr. 44.

Vermietungen
Gemüßl. Zimmer
m. 2 Betten zu verm.
Gillenstraße 70, III.

Die Reichsbahn untersucht.

Anzulänglich.

SPD. Die große Beunruhigung der Öffentlichkeit durch die erschreckende Häufung der Eisenbahnunfälle hat die Reichsbahnverwaltung veranlaßt, eine besondere Untersuchung des Eisenbahnbetriebs durchzuführen. Es werden drei zentrale Ausschüsse gebildet, in welchen die Verwaltung und das Personal vertreten sind, und zwar ein Ausschuss für die Bahnunterhaltung, einer für die Maschinen und ein dritter für den eigentlichen Verkehrsbetrieb. Die Ausschüsse haben die Möglichkeit, in den einzelnen Bezirken noch besondere Vertreter der Verwaltung und des Personals heranzuziehen. Die Tätigkeit der Ausschüsse soll sofort beginnen.

Diese Untersuchung ist dringend notwendig. Allein der Untersuchungsapparat, wie ihn die Reichsbahnverwaltung sich denkt, leidet an einem bedenklichen Fehler. Das Personal, das man zur Kontrolle heranziehen will, befindet sich in abhängiger Stellung. Das Damoklesschwert des Abbaus und der Entlassung hängt über jedem einzelnen und zwingt ihn zur Zurückhaltung in der Kritik. Das Personal getraut sich nicht zu reden — das ist ein offenes Geheimnis — und eben deshalb ist ja schon bisher auf viele Mängel und Vorkommnisse die Öffentlichkeit nicht rechtzeitig aufmerksam gemacht worden. Wenn die Untersuchungsausschüsse imstande sein sollen, gründlich die Frage der Betriebssicherheit zu prüfen, dann müssen unabhängige Leute in diesen Ausschüssen sitzen. Wir machen deshalb den Vorschlag, in jeder der zentralen Ausschüsse Reichstagsabgeordnete, von jeder Fraktion einen Vertreter, zu delegieren. Diese können sich dann zum Dolmetscher alles dessen machen, was das Personal nicht vorzutragen wagt.

Der Reichsbahn-Betrug.

Zu der Meldung über eine Schädigung der Reichsbahn um 400 000 Reichsmark durch ausländische Betrüger erfahren wir von zuständiger Seite: In der Zeit vom März bis Ende Juni 1926 haben die beiden Betrüger Krotoschiner und Edelstein etwa 40 bis 50 Frachtagungen in Tilsit unter Nachnahme nach Memel aufgegeben. Die Güterabfertigung Memel hatte die Pflicht, die Nachnahme vom Empfänger einzuziehen, die Einzahlung der Nachnahme durch den Empfänger des Gutes auf den Nachnahmebegleitschein zu bescheinigen und mit Unterschrift und Dienststempel zu versehen. Die so ausgestellten Nachnahmebescheine mußte die Güterabfertigung Memel nach Tilsit zurücksenden, worauf die Güterabfertigung Tilsit die Nachnahmebeträge in den Absender ausbezahlen hatte. Der inzwischen in Jürich verhaftete litauische Vorsteher der Güterabfertigung Memel hat nun die nach den deutsch-litauischen Tarifvereinbarungen notwendigen Bescheinigungen auf den Nachnahmebegleitschein abgegeben, ohne daß tatsächlich die Einzahlung des Betrages von dem fingierten Empfänger geleistet war. Die deutsche Güterabfertigung in Tilsit trifft nicht das geringste Verschulden, da ihr die ordnungsmäßig ausgestellten Nachnahmebegleitscheine von Memel zurückgeschickt waren. Der Schwindel wurde entdeckt, als bei der in gewissen Zeiträumen erfolgenden Abrechnung zwischen der Reichsbahn und der litauischen Staatsbahn diese Beträge an die Reichsbahn nicht gezahlt wurden. Es ist zweifellos, daß die litauische Staatsbahn für den Betrug ihres Vorstehers in vollem Umfange aufzukommen hat, da ausdrücklich in den Vereinbarungen zwischen den beiden Eisenbahnverwaltungen bestimmt ist, daß die Empfangsbahn, hier also die litauische Staatsbahn, für die Nachteile haftet, die daraus erwachsen, daß die Bestimmungsstation, hier also Memel, die Nachnahme vom Empfänger nicht eingezogen hat. Die Reichsbahndirektion Königsberg hat die Generaldirektion der litauischen Staatsbahn um Anerkennung ihrer Zahlungspflicht gegenüber der Reichsbahn ersucht, so daß ein Schaden aus dem Schwindelmanöver der Reichsbahn nicht erwachsen wird.

Verhaftung der Leiferde Attentäter.

WTB. Berlin, 7. September.

Wie wir hören, sind gestern Abend zwei junge Leute, Otto Schlesinger und Willy Weber, im städtischen Asyl für Obdachlose im Zusammenhang mit dem Attentat auf den D-Zug bei Leiferde verhaftet worden.

Zu dieser Festnahme wird noch gemeldet: Gestern mittag erschien auf dem Polizeipräsidium in Hannover ein Kaufmann Weber, der wichtige Angaben über die mutmaßlichen Täter machte. Er beschuldigte seinen eigenen Bruder des Verbrechens und gab an, dieser habe mit ihm am Sonn-

tag am Grabe ihres verstorbenen Vaters geweilt. Unter Tränen gestand der jüngere Bruder, daß er in jugendlichem Leichtsin zusammen mit seinem Freunde Schlesinger das Attentat auf den D-Zug bei Leiferde verübt habe. Seit diesem Tage habe er keine Ruhe gefunden und müsse sich stets verborgen halten, da die Polizei auf seine Spur gekommen sei. Bevor Weber die Verhaftung des Attentäters veranlassen konnte, war dieser vom Friedhof verschwunden und zusammen mit seinem Freunde Schlesinger nach Berlin gefahren. Hier trieben sie sich mittel- und stellunglos umher. Die Kriminalpolizei in Hannover machte dem in Hannover weilenden Berliner Kriminalkommissar sofort von dieser Anzeige Mitteilung, und dieser kehrte noch gestern Abend im Flugzuge nach Berlin zurück. Mit zwölf Beamten begab er sich nach dem städtischen Asyl für Obdachlose in der Annahme, daß hier die beiden Betrüger übernachteten würden. Nach mehrmaligem Durchsuchen der Schlafräume fand man in später Abendstunde Weber und Schlesinger hier vor. Sie wurden schwer gefesselt nach dem Polizeipräsidium gebracht. In polizeilichen Kreisen rechnet man mit ziemlicher Bestimmtheit damit, daß die beiden Verhafteten mit dem Attentat in Leiferde in Verbindung stehen.

WTB. Berlin, 7. September.

Von den gestern Abend im Asyl Verhafteten meldete sich heute früh Schlesinger bei dem Kriminalkommissar und legte ein Geständnis ab. Schlesinger gab an, gemeinsam mit Weber, den er im Asyl in Friedrichshafen am Bodensee kennengelernt habe, durch die Schweiz und Deutschland gewandert zu sein. Als ihnen das Geld ausging, planten sie, durch Gewalttaten sich Geld zu verschaffen. Da sie diese Pläne ausgeführt haben, werden erst die weiteren Vernehmungen ergeben. An der Eisenbahn entlang gehend, fanden sie bei Leiferde einen Schienenrauberschlüssel; einen zweiten Schlüssel hatten sie aus einer Wärrerbube. Die Vernehmung Schlesingers wird im Laufe des Vormittags fortgesetzt werden.

Ausbruchsvorfall des Mörders Schröder.

Ueber einen Fluchtversuch, den der Mörder des Buchhalters Helling in Magdeburg am Sonntag zusammen mit einem Mitgefangenen unternommen hat, werden folgende Einzelheiten bekannt: Schröder war im Untersuchungsgefängnis untergebracht; er hatte vor einiger Zeit Neuzugänge fallen lassen, daß er lebensmüde sei und noch vor der Verhandlung „ein Ende machen“ werde. Daraufhin wurde in seine Zelle ein sogenannter Vertrauensgefangener gelegt, ein gewisser Schulz, der Sohn eines Geistlichen, der sich wegen Jähzornerei zu verantworten hat. Schulz hatte sich das Vertrauen des Gefängnisbeamten zu erwerben gewußt und sollte Schröder an Flucht oder Selbstmordversuchen hindern. Doch schon nach wenigen Tagen hatte Schröder seinen Mitgefangenen offenbar völlig unter seinen Einfluß zu bringen gewußt.

Am Sonntagvormittag, zwischen 11 und 12 Uhr, brachte der Oberwachtmeister Blante den beiden Gefangenen Schröder und Schulz das Essen. Nichts Böses vermutend, hatte er seinen Karabiner am Riemen über die Schulter gehängt. In dem Augenblick, wo er die beiden Einnäpfe absetzen wollte, sprang ihm Schulz auf den Rücken, riß ihn zu Boden und drückte ihm die Kehle zu. Schröder entriß dem halb Besinnungslosen den Karabiner und verfeigte ihm mit dessen Kolben fünf bis sechs wuchtige Schläge über den Kopf, so daß der Beamte benutzlos liegen blieb. Der Ueberfall hatte sich so rasch abgespielt, daß der Gefängniswärter nicht einmal einen Schrei ausstoßen konnte. Schröder nahm dem Häftling die Schlüssel ab, außerdem das Bargeld sowie den Karabiner und verließ zusammen mit Schulz die Zelle. Beide waren im Besitz eines genauen Planes des Gefängnisses. Sie gingen die Treppe hinauf bis zum Boden, wo sie jedoch von einem Wärter bemerkt wurden, der sofort Alarm schlug. Zwei Beamte nahmen die Verfolgung auf. Schulz, mutlos geworden, ließ sich auf dem Boden ohne weiteres festnehmen. Schröder war auf das Dach gestiegen und hatte hinter einem Schornstein Deckung genommen. Als die Verfolger ihm durch eine Luke nachklettern wollten, rief er ihnen zu: „Zurück, oder ich schieße!“ Mit dem Karabiner hielt er seine Verfolger so zunächst in Schach. Inzwischen war jedoch die Hauptwache des Polizeipräsidiums von dem Fluchtversuch verständigt worden und zwei Ueberfallwagen eilten den Beamten des Gefängnisses zu Hilfe. Schröder wurde auf dem Dache umflescht und mit vorgehaltenem Revolver zur Uebergabe aufgefordert. Er warf den Karabiner fort und versuchte noch, auf ein Nachbardach

zu entkommen. Eine 3 Meter hohe Giebelwand versperrte ihm jedoch den Weg. Schließlich suchte er sich in einer Dachrinne zu bergen, wo er aber nach kurzem Widerstand von den Polizeibeamten überwältigt und festgenommen werden konnte. Er wurde gefesselt in seine Zelle gebracht, wo er einstweilen in Ketten liegt, um ihm einen weiteren Fluchtversuch unmöglich zu machen. Als ihm vorgehalten wurde, daß er den Gefängniswärter Blante fast getötet hätte, erklärte Schröder ganz ruhig: „Das ist mir ganz gleichgültig; mir wird ja doch der Prozeß gemacht. Meine Kalibütigkeit kann nichts mehr erschüttern.“

Schröder wird sich zusammen mit Schulz wegen dieses Fluchtversuches unter der Anklage der versuchten Tötung zu verantworten haben. Voraussichtlich wird diese Anklage mit der Anklage wegen des Mordes an Helling verbunden und am 16. September verhandelt werden.

Brandkatastrophe im Kino.

Etwa 50 Tote.

In Drumcollogher bei Dublin (Irland) spielten sich ausläßlich eines Kinobrandes herzzerreißende Szenen ab. In einem ganz aus Holz gebauten Schuppen, der als Kino verwendet wurde, brach ein Feuer aus, das in Kürze das gesamte Gebäude in Brand setzte. Die Menge stürzte sich nach den Fenstern, fand diese aber durch Eisenstangen verrammelt, so daß am einzigen Ausgang 47 Menschen ums Leben kamen und elf weitere Personen schwer verletzt wurden.

Ueber die furchtbare Kinokatastrophe in Drumcollogher werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Da eine Lichtbildvorführung in jener Gegend von Irland noch zu den größten Seltenheiten gehört, waren die Bauern von weit und breit zu der Vorstellung herbeigeeilt. In dem Saal, der kaum für 100 Personen Platz bot, waren etwa 200 Menschen zusammengedrängt. Als der Filmstreifen, der wahrscheinlich durch eine Unvorsichtigkeit in Brand geraten war, in hellen Flammen stand, gingen auch sofort die Holzteile des Saales Feuer, und fast in einer Minute war der ganze Raum in Rauch und Flammen gehüllt. In demselben Augenblick war der einzige Ausgang von den hinausstürmenden Besuchern, die übereinander fielen, blockiert. Viele von ihnen, besonders Frauen und Kinder, wurden zu Tode getreten. Ein paar Leute hatten sich auf das Dach geflüchtet und sprangen von dort auf die Straße hinunter, wo sie schwer verletzt liegen blieben. Richtig brach auch noch der Fußboden durch, und die Menschenmassen stürzten in die unter dem Saal liegende Garage hinab, die ebenfalls bereits in hellen Flammen stand. Viele der bis zur Unkenntlichkeit verbrannten Leichen konnten noch nicht identifiziert werden.

Meuterei in einem Gefängnis.

Nach einer Meldung aus Kingstown (Jamaika) sind 600 Gefangene aus dem dortigen Gefängnis ausgebrochen, worauf sie das Gefängnis in Brand setzten. Die Wärter des Gefängnisses machten von der Feuerwaffe Gebrauch. Vier Gefangene wurden getötet, 22 schwer verletzt.

Wirbelsturm in Indien.

Morning Post meldet aus Karachi in Britisch-Ost-Indien, daß furchtbare Wirbelstürme großen Schaden angerichtet haben. Viele Menschen seien getötet worden. Drei Viertel der Stadt seien überschwemmt, die Schiffe im Hafen hätten schweren Schaden erlitten.

Die Folgen des Taifuns in Japan.

Nach einer Zusammenstellung über die Folgen des Taifuns am Sonnabend sind 31 Personen getötet, 159 verletzt worden. Vernichtet wurden 9 Personen. 630 Gebäude sind beschädigt, 254 zerstört worden. Da die Verbindungen noch nicht wieder völlig hergestellt sind, besteht jedoch die Möglichkeit, daß die Zahl der Unglücksfälle sich als noch größer herausstellt.

Lobesturz zweier Arbeiter. Bei der Ausführung von Schlosserarbeiten in der ehemaligen Gewerkschaft in Regensburg stürzten zwei Arbeiter wahrscheinlich infolge Einbruches des Gerüstes 20 Meter in die Tiefe. Sie waren sofort tot.

Bergmannstod. Auf der Grube Oranien bei Eichenstruth im Westerwald wurde der Bergmann Weber im Schacht von einem zusammenbrechenden Kohlenstück verschüttet und ihm dabei der Hintertopf vollständig eingedrückt. Er war sofort tot.

Unwetter in Südfrankreich. In Südfrankreich herrschen gegenwärtig wieder schwere Unwetter, besonders die Gegend von Bordeaux und Montpellier sind schwer heimgesucht worden. Man meldet Ueberflutungen, Einstürze und Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang.

16 Tote bei dem Bergwerksunglück in Fort Smith. Das Grubenunglück in Fort Smith hat, wie aus New York gemeldet wird, sechzehn Tote gefordert.

Gewerkschaftl. Anzeigen

Gewerkschafts-Kartell Leipzig

Volkshaus, Zeiser Straße 32, Fernruf 34021

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Leipzig

Telef. 34021 u. 34011. Geschäftss. vorm. 9-12 Uhr, nachm. 5-7 Uhr, Sonnabends vorm. 9-12 Uhr

Werbewoche.

Alle Betriebe müssen bis Spätestens Freitag, den 10. September, den Beginn und das Ende der Arbeitszeit sowie die Belegschaftsstärke dem Bureau übermitteln.

Achtung, Betriebsräte!

Sonnabend, d. 11. September, abends 8 Uhr, im Mehrsaal des WZ., Braustraße 17: Vortrag mit Lichtbildern über: Die Räderanlage der Stadt Leipzig. Sonntag, den 12. September: Besichtigung der Kläranlage mit Führung. Treffpunkt Sonntag, vormittags 9 Uhr, an der Volkseiche im Rosental (Waldbühne), Haltestelle der Linien 8 und 7.

Werkzeugmacher und Einrichter.

Freitag, den 10. September, abends 8 Uhr: Branchenversammlung im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Vortrag, Die Erfolge der Rationalisierung. 2. Branchenanliegenheiten. — Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Pflicht.

Öfen.

Freitag, den 10. September, abds. 8 Uhr: Wichtige Funktionär-Versammlung in der Grünhau, Anker, Bernhardtstr. 26. Tagesordnung: Stellennahme zur internationalen Werbewoche.

Westen.

Donnerstag, den 9. September, abends 8 Uhr. In den „Zwei Linden“, Karl-Seine-Straße. Sitzung der Vertrauensleute und Betriebsräte. Tagesordnung: 1. internationale Gewerkschaftswerbewoche. 2. Organisationsangelegenheiten. Zahlreiche Besuch erwartet. Das Westkomitee.

Leser der Leipziger Volkszeitung berücksichtigen unsere Inserenten!

33
FLACH * GOLD
FESTE PACKUNG
SCHERIF
WENESTI

Einheitsverband sozialistischer Handel- und Gewerbetreibender und sonstiger Berufe, Ortsgruppe Leipzig.

Donnerstag, den 9. September 1926, abends 8 Uhr im Volkshaus, Nebenraum.

Öffentliche Versammlung

Tagesordnung: 1. Neuzeitliche Reformen und Propaganda. Was jeder Handel- und Gewerbetreibende davon wissen sollte und wissen muß. Referent: Redaktionsverträdiger Dr. Gruber, Berlin.
2. Ausprache.
3. Wie stellt sich Handel und Gewerbe zur bevorstehenden Wernspruchsbührenerhöhung?
4. Sonstiges.
Jeder Interessierte Handel- und Gewerbetreibende wird hierzu höflichst eingeladen.
Die Ortsgruppenleitung.

Die Leipziger Volkszeitung für kleine Anzeigen

ein günstiges Insertions-Organ

Dank allen, die uns zur Goldhochzeit arfrucht haben. Goldn., am 3. 9. 1926 G. Leimer und Frau.

Umtliche Bekanntmachungen.

Großsch.

Die Gebäude-Brandversicherungsgesellschaft für den Termin 1. Oktober 1926 sind nach einem Reichspensum für jede beitragspflichtige Einbett bis zum 9. Oktober 1926 bei der Stadtsteuerbehörde einzusenden. Stadtrat Großsch., 2. September 1926.

Allen lieben Verwandten und Bekannten zeigen wir tiefbetruht an, daß nun auch noch meine innigstgeliebte Frau und teilschwante Mutter Anna Hansen geb. Kirchner am 5. Sept. früh 2 Uhr. sanft verstorben ist. Sie folgte unterm kaum verlorenen Wolsang nach Leipzig, den 6. Sept. 1926. Verbster Str. 27. dt. In tiefster Trauer Maria Hansen geb. Tschler Johanna. Die Einäscherung findet Mittwoch nachmittags 3 Uhr auf dem Südfriedhof statt.

Am Sonnabend, den 4. September, abends, starb im Krankenhaus St. Jakob nach jahrelangem Leiden meine liebe Frau Helene Stammwitz im Alter von 45 1/2 Jahren. In tiefer Trauer Leipzig, Brandvorwerkstr. 2, den 6. Septbr. 1926 Emil Stammwitz. Beerdigung: Dienstag, nachm. 4 1/2 Uhr, Südfriedhof